

DAS KAUSALE NEXUSBLATT

Monatlich über Internet
OOOOOOOOOOOOOO

Nr 4

April 2004
oooooooooooo

Weltkriege / heutige Kolonialkriege / Nächste Kriege
Die revisionistischen Fragen
oo

<kausalenexusblatt at yahoo.de>
<<http://de.geocities.com/kausalenexusblatt>>
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

INHALT

Irakischer Widerstandsreport

Es gibt keine "richtige Seite" in einem imperialistischen Krieg

Ihre Gewalt und unsere, Serge Thion

Verbotener Versuch der Errichtung einer Willkürherrschaft, von **Andreas Röhler**

Bericht über den vierten Verhandlungstag (25. Februar 2004) im Prozeß gegen Mahler, Oberlercher und Meenen, von **Peter Töpfer**

5. Verhandlungstag im Prozeß gegen Horst Mahler..., von **Klaus Kaping**

Prozessbericht vom **6. Verhandlungstag** ...von **Bernhard Heldt**

Horst Mahler von Berufsverbot und Existenzvernichtung bedroht, **Peter Töpfer**

Amiknecht Aznar hat die 200 Toten auf dem Gewissen, von **Peter Töpfer**

Auschwitz oder das grosse Alibi, Kommunistisches Programm.

SUCHEN UND FINDEN

Liste der auszusondernden Literatur, Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone, 1946.

Bücher, gelesen bei **Thomas Dunksus**.

Wie man neue Juden fabriziert

Neuer Kopf des Mossads, von **Norbert Steinbach**

IRAK

Irakischer Widerstandsreport
vom 26. bis 29. Februar 2004
Donnerstag, 26 Februar 2004

Bomben des irakischen Widerstandes treffen US-Konvoi, verwundete amerikanische Besatzungstruppen

Eine Bombe des irakischen Widerstandes explodierte unter einem Konvoi der US-Besatzungstruppen, der auf dem Weg nach Abu Ghurayb war, einer US-Basis und US-Konzentrationslager westlich von Bagdad. Zwei Kraftstofftanker der US-Streitkräfte fingen Feuer durch die Explosion. Augenzeugen sagten, dass sie eine handvoll verwundeter amerikanischer Soldaten gesehen hätten.

Zwei irakische Marionetten-Polizisten durch einen Angriff des Widerstandes in Ba'qubah getötet.

Am Donnerstag wurden zwei irakische Marionettenpolizisten, einer davon ein Offizier, getötet und sechs weitere verletzt, als ihr Fahrzeug in Ba'qubah durch eine Bombe des irakischen Widerstandes zur Explosion gebracht wurde. Der Angriff fand an einem der Marktplätze in der as-Sarai Nachbarschaft im Zentrum der Stadt statt. Zwei Polizeiautos hatten vor einem Restaurant geparkt, als sie zu Zielen des Widerstandes wurden. Ein Offizier der Marionettenpolizei sagte, dass die Bomben an den Polizeiautos angebracht wurden als die Polizisten im Restaurant waren. Laut AFP teilte ein Verkehrspolizist den Offizieren, die beim Essen waren, mit, dass jemand Taschen unter ihre Autos gestellt hatte. Die Offiziere schenken diesem Hinweis aber keine weitere Beachtung und als sie in ihre Autos stiegen, explodierten die Bomben.

Irakischer Widerstand sprengt Öl-Pipeline in der Nähe von Samarra in die Luft.

Kräfte des irakischen Widerstandes verursachten eine gewaltige Explosion, die die Öl-Pipeline in der Nähe von Samarra durchschlug. Al-Jazeera kommentierte, dass die Explosion eine Woche nach einem ähnlichen Angriff auf die Öl-Pipeline in der Nähe von Kerbela stattfand.

Abizaid: Ägypten hilft die irakischen Marionettenkräfte für die Amerikaner auszubilden.

Der Chef des US-imperialistischen Zentralkommandos, General John Abizaid kündigte am Donnerstag in Kairo an, dass die ägyptische Regierung ihre Bereitschaft ausgedrückt hat, mit der Marionetten-Übergangsregierung im Irak zu kooperieren. Abizaid sagte, dass ägyptische Sicherheitskräfte womöglich helfen werden irakische Marionetten-Sicherheitskräfte auszubilden.

Türkische Basis dient den US-Aggressoren.

Ankara hat die Schranken der Luftwaffenbasis Incirlik - erstmals seit Beginn der US-Aggression gegen den Irak im Frühling 2003 - für US-Aggressionstruppen geöffnet, die aus dem Irak kommen.

Die türkische Regierung hat bereits vorher angekündigt, dass sie den USA und anderen Ländern, die in der Aggression gegen den Irak involviert sind, die Benutzung der Luftwaffenbasis Incirlik für Truppenrotation und Transport genehmigt hat.

Freitag, 27 Februar

Ein US-Soldat getötet und einer Verletzt bei Handgranaten-Angriff des Widerstandes.

Kämpfer des Widerstandes töteten einen US-Besatzungssoldaten und verwundeten einen weiteren in Folge der Zerstörung zweier US-Besatzungs-Humvees (spezielle Fahrzeuge) in dem Zentrum von ar-Ramadi, als sie am Freitag Handgranaten auf diese warfen.

Angriff des Widerstandes in Tikrit verwundet zwei US-Soldaten

Eine selbstgemachte Bombe des irakischen Widerstandes explodierte am Freitag in Tikrit, 180 km nördlich von Bagdad, und verwundete zwei US-Besatzungssoldaten. Ein US-Sprecher sagte, dass die zwei Soldaten des 122. Regiments der 4. Infanteriedivision bei einer Patrouille leicht verwundet wurden.

Widerstand greift US-Konvoi an; Invasoren töten irakische Zivilisten als Reaktion

Eine Bombe des irakischen Widerstandes explodierte unter einem Truppenbeförderungsfahrzeug in dem Auflenbezirk der Stadt al-Qa'im, in der Nähe der syrischen Grenze. Die US-Besatzungstruppen eröffneten unmittelbar nach der Explosion das Feuer und schossen, wie üblich, in alle Richtungen. Die wild um sich schieflenden Amerikaner töteten zwei irakische Zivilisten und verwundeten drei weitere, als diese nach dem Freitagsgebet aus der örtlichen Moschee kamen.

Widerstand greift Marionetten-Checkpoint an; US- Truppen erwidern das Feuer und töten einen irakischen Zivilisten

Freitagnacht griffen Kräfte des irakischen Widerstandes die Marionettenpolizei in der Nähe von Mosul an. Die eingreifenden US- Truppen erschossen einen Fußgänger.

Die US-Aggressoren gaben bekannt, dass 4 Widerstandskämpfer aus einem Auto bzw. von Motorrädern aus mit Maschinengewehren das Feuer auf einen Checkpoint der Marionettenpolizei eröffnet haben. Ein Sprecher der US-Truppen behauptete, dass eine Patrouille der US-Invasionstruppen das Feuer erwiderte, auf das Auto schoss, und dabei zwei Widerstandskämpfer tötete. Die Amerikaner behaupten auch, dass sie die Kämpfer auf dem Motorrad überwältigt haben. Leutnant `Abd al-Ajal Hazim Hattabi von der Marionetten-Polizei sagte allerdings aus, dass die beiden von den Amerikanern Erschossenen keine Widerstandskämpfer waren, sondern unbeteiligte Zivilisten.

Sonntag, 29 Februar 2004

US- Aggressoren töten Zeitungsherausgeber

Kräfte des irakischen Widerstandes griffen eine Gruppe US-Invasoren mit leichten Waffen und Granaten in al-Fallujah am Sonntagnachmittag an. Die amerikanischen Aggressoren erwiderten das Feuer und schossen auf das Fahrzeug von Mahmud `Awwad ad Saylami, dem Herausgeber von der Zeitung al-Jazirah. Das Fahrzeug ging in Flammen auf. Al-Daylami starb.

Die *Saba* Nachrichtenagentur berichtete, dass die Besatzungstruppen in al-Fallujah der Zeitung al-Jazirah eine Woche vor der Ermordung des Herausgebers angeordnet hatten, die Herausgabe einzustellen. Die Zeitung wurde beschuldigt Artikel und Berichte zu veröffentlichen, die sich gegen die US-Besatzung richteten.

US-Aggressoren töten zwei Iraker in as-Samawah

US-Besatzungskräfte erschossen zwei Iraker in as-Samawah, als diese ihr Auto nicht rechtzeitig zum stehen brachten. Zeugen, die die Erschießungen sahen, meinten, dass der Fahrer vermutlich Schwierigkeiten mit der Bremse seines Fahrzeuges gehabt hatte.

Strohmänner der US- Besatzung sind einverstanden, den arabischen Charakter aus dem zukünftigen irakischen Marionettenstaat auszumerzen

Die US-Strohmänner der sogenannten Übergangsregierung waren bisher unfähig die Differenzen über die Grundzüge und Formen des zukünftigen Iraks zu lösen. Sie haben zugestimmt, dass die amerikanisch dominierte Verfassung die Satzung "der Irak ist Teil der Arabischen Nation" weglässt, eine Satzung, die bisher Teil aller irakischen Verfassungen war und die der Tatsache Rechnung trug, dass nicht zuletzt 80% der Iraker Araber sind, und dass ohne die Einheit der Arabischen Nation jeder dieser von dem imperialistischen Sykes-Picot Abkommen konstruierten Staaten leichte Beute für Aggressoren und Invasoren ist. Dieses Faktum wird offensichtlich von den Aggressoren selbst durch ihren Versuch bestätigt, eine Verfassung zu verankern in dem der arabische Charakter ausgelöscht ist.

Reflexion über die zionistisch-imperialistische Vorgehensweise des "Teile und Herrsche", französischer Abgeordneter wiederholt den amerikanischen Ruf nach Teilung des Iraks

Der französische Abgeordnete Axel Poniatowski veröffentlichte am Samstag, 28 Februar 2004 einen Artikel in der französischen Zeitung *Le Figaro*, in dem er zur Teilung des Iraks nach sektiererischen und ethnischen Grundlagen aufruft. Unter dem Titel "Pour une partition de l'Irak" ("Für eine Teilung des Irak") meint Poniatowski, dass die Einheit des

Iraks ein gute, aber falsche Idee sei, die nur mit Gewalt aufrechterhalten werden könne. Poniatowski's Kommentar gibt die Vorstellung der US-Administration in Washington wieder, sie sich von Zeit zu Zeit offen und deutlich für eine Teilung des Iraks in einen schiitischen, kurdischen und sunnitisch-arabischen Teil ausspricht. Dies würde es den Zionisten und den Imperialisten erleichtern die arabische Region zu dominieren. Leslie H. Gelb's Artikel in *The New York Times* "Die Drei-Staaten Lösung" vom 25. November 2004 geht in genau dieselbe Richtung, nämlich, dass der Irak nur mittels "überwältigender brutaler Kraft" zusammengehalten werden kann und es deshalb besser wäre den Irak aufzuteilen. In *Le Figaro* stellt der Globalisierer Poniatowski die rhetorische Frage: "Wer würde es heute als logisch erachten, das ehemalige Jugoslawien oder die Sowietunion wiederherzustellen?" Die Zerstörung vereinter widerstandsfähiger Staaten ist das Hauptziel der imperialistisch-zionistischen Globalisierung. Indem sie danach trachtet ihre Autorität auszuweiten, öffnet sie sich die Türen in dem sie zu blutigen ethnischen und sektiererischen Konflikten aufhetzt.

Quelle: Al Basrah (albasrah.net), Übersetzung: Widerstandsreport
Aus: <<http://widerstandsreport.sedunia.org>> (jetzt verschwunden)

VERDAMMTE KRIEG

Es gibt keine "richtige Seite" in einem imperialistischen Krieg

In der Nacht zum 25. März hat die NATO mit 400 Kampfflugzeugen und etlichen Kriegsschiffen den ersten Angriffskrieg in ihrer Geschichte begonnen. Während die Vereinigten Staaten von Amerika dabei ihre wie auch immer definierten "vitalen Interessen" verfolgen, ist auch Deutschland als treuer Bündnispartner mit von der Partie. Um eine "humanitäre Katastrophe" zu verhindern, wie es offiziell heißt. Doch wie verhindert man eine solche Katastrophe? Mit einer humanitären Katastrophe natürlich: Es wird offen von Krieg gesprochen (nicht von "begrenzten Luftschlägen, wie wir sie seit dem Golfkrieg von 1991 kennen!), der solange andauern werde, bis der jugoslawische Präsident Milosevic bereit sei, das Friedensabkommen mit den Kosovo-Albanern zu unterzeichnen. Rückversicherungen der NATO in Bulgarien und Rumänien sowie dumpfes Grollen aus Moskau deuten an, daß sich der Konflikt ausweiten wird.

Der Krieg als ein Mittel der Politik

Natürlich kann man versuchen, sich das Eingreifen der NATO entlang der offiziellen Kriegspropaganda zu erklären. Danach sind die Serben die Bösen – und zwar weniger, weil sie eine Regierung haben, die sich sozialistisch nennt: im Westen hat man längst gelernt, daß Namen auch in der Politik nur Schall und Rauch sind. Nein, die besondere Bösartigkeit der Serben liegt darin, daß sie über Jahre mit Beharrlichkeit eine Volksgruppe zu unterdrücken suchen, die in ihrem Gebiet in der Überzahl ist und nach Ansicht der NATO wenigstens einen Anspruch auf beschränkte Souveränität hat. Jeder noch halbwegs klar denkende Mensch müßte sich an dieser Stelle fragen, nach welchen Kriterien die NATO bestimmt, welches Volk einen solchen Anspruch hat. Für die Kurden in der Türkei gilt er offenbar nicht. Der Schein trügt nicht: es gibt keine abstrakten Kriterien dafür oder gar so etwas wie ein Menschenrecht auf einen Nationalstaat – aber es gibt politische und wirtschaftliche Interessen.

Das politische Interesse an der Aktion "Balkanbefriedung" liegt auf der Hand: der Westen will den Balkan als seine Einflußsphäre gegenüber Rußland gewinnen. Ein westlich von Rußland brodelnder Unruheherd, von dem man nicht weiß, nach welcher Seite er sich letztlich wenden wird- das paßt nicht zum Konzept der NATO-Osterweiterung, das da heißt, dem alten Feind so nahe wie möglich auf die Pelle rücken. Eine womöglich panslawistische Verschwörung, die womöglich mit China zu einer Phalanx verbunden ist, muß verhindert werden. Das ist aber nur die eine Seite, das sind strategische Überlegungen, die Politiker so oder so ähnlich anstellen und entsprechend entscheiden mögen. Für die politische Aktivität von Kommunisten ist jedoch ein anderer Aspekt des Krieges weitaus bedeutungsvoller.

... und als Lösungsmöglichkeit für die globale Krise eines Wirtschaftssystems

Spätestens seit dem Beginn der Siebziger Jahre schwelt in der westlichen Wohlstandswelt eine Wirtschaftskrise. Der Wiederaufbau der Nachkriegsjahre war beendet und der große Boom des Wirtschaftswunders vorbei. Die Keynesianische Nachfragepolitik

der Nachkriegsjahre hatte den Menschen zwar einigen Wohlstand, der Industrie jedoch kein dauerhaftes Glück gebracht. Die weltpolitische Lage war, bedingt durch die Blockkonfrontation des kalten Krieges, stabil. Gerade diese Stabilität brachte die Akkumulation noch weiter zum Erliegen. Der Zusammenbruch des Ostblocks brachte ein kurzes Aufatmen und krampfhaftige Versuche, die Akkumulation dort in Gang zu bringen. Diese Versuche waren aber letztlich nicht von Erfolg gekrönt, da wohl Produktionsmöglichkeiten, aber keine nennenswerten zusätzlichen Absatzmärkte erschlossen werden konnten. Akkumulation ist lebenswichtig für das Kapital und sie ist eben etwas anderes, als nur die Möglichkeit, viel zu produzieren. Akkumulation – das bedeutet, den erwirtschafteten Mehrwert wiederum in gewinnbringenden Sparten anzulegen. Ziel der Aktion ist es, wie bei einer Kettenreaktion, multiple Gewinnmöglichkeiten zu erhalten. Die besondere Schwierigkeit liegt darin, daß Gewinn eben nicht gleich Gewinn ist. Ein reiner Geldgewinn aus einem Kreditgeschäft kann vielleicht Leute reich machen, hat aber auf die Akkumulation des Kapitals zunächst keinen Einfluß. Kennzeichen der fehlenden Akkumulation ist denn auch ein ins Gigantische aufgeblähtes Kreditsystem, innerhalb dessen Kredite immer wieder mit Krediten abgelöst werden. Die Ursache der Währungskrisen in Asien, Rußland und Amerika liegt darin, daß der Kapitalismus die notwendigen Potentiale an Produktivitätssteigerung und/oder die Erweiterung der Märkte nicht mehr aufbringen kann. Weder die von der Krise direkt betroffenen Länder, noch die "internationale Gemeinschaft" haben dafür irgendein brauchbares Bewältigungskonzept gefunden. Stattdessen wurde in den letzten Monaten immer wieder von einer drohenden Weltwirtschaftskrise gesprochen.

Ein Krieg birgt die wunderbare Möglichkeit eines Neuanfangs. Wo Kapital in Form von Industrieanlagen und Infrastruktur zerstört wird, gibt es die Möglichkeit neu zu investieren. Keiner der großen Politiker und Wirtschaftsbesitzer könnte und wollte die mit der Verschärfung der Krise immerfort wachsende Bereitschaft zum Krieg so begründen. Trotzdem sind sie auf diese Weise immer die Gewinner der Kriege gewesen. Verfahrene Konkurrenzsituationen lösen sich wie von selbst auf und die Karten werden neu gemischt. Alle haben die gleichen Chancen – ausgenommen natürlich die Proletarier.

Zuerst wird man sie in allen kriegführenden Ländern zu Patriotismus und Opferbereitschaft aufrufen und dann, wenn sie durch den Krieg wieder alles verloren haben werden und mit den Häusern und Fabriken das Werk ihrer Arbeit zerstört worden ist - dürfen sie es wiederaufbauen und dankbar sein für jeden miesen Euro, oder was sonst sie dafür bekommen sollen. Da heißt es rechtzeitig -NEIN- zu sagen

Keinen Pfennig, keine Arbeitsstunde und keinen Tropfen Blut für diesen Krieg zu opfern.

Wen interessiert denn eigentlich dieser Krieg? Die Menschen in Serbien, im Kosovo den USA und Deutschland wollen alle nur eines: in Frieden und Wohlstand leben - nur das viele von ihnen auch nach zwei verheerenden Kriegen in diesem Jahrhundert noch glauben, daß der Patriotismus ein Weg dahin ist. Wer das nicht glaubt, für den gibt es allen Grund gerade jetzt zumindest auf den sozialen Forderungen der Vergangenheit zu beharren. Der fortwährende Zyklus Krise – Krieg und Wiederaufbau wird nur dadurch beendet, daß sich die eigentlichen Akteure dieses mörderischen Theaters, die Arbeiter aller Länder, die Soldaten aller Nationen und die Befreiungskämpfer aller "Völker" aus diesem Sysphos-Dasein befreien.

Die bürgerliche Linke hat schon kapituliert

Die bürgerliche Linke, die auch zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Ostblocks noch wie vom Donner gerührt scheint, akzeptiert zum Teil das Anliegen nationaler Befreiungsbewegungen und hat jetzt das Problem, womöglich mit dem früheren Hauptfeind NATO auf der Seite der Albaner stehen zu müssen. Ein anderer Teil findet nichts Besonderes am Einsatz von "Friedenssoldaten" und gibt sich achselzuckend der Täuschung hin, daß man (wer?) ja etwas tun müsse, um nicht mitverantwortlich zu sein. Das ist insofern eine Täuschung, als man der Verantwortung für Krieg und Zerstörung nicht durch Krieg und Zerstörung entgehen kann. Die Dritten schließlich setzen sich mit kleinen Kerzchen vor irgendwelche Kirchentore um zu demonstrieren, daß man doch in Ruhe alles miteinander besprechen könne.

Der größte Teil der bürgerlichen Linken hat den Blick für Zusammenhänge längst verloren oder wegen der angeblichen "Unübersichtlichkeit" der Welt längst aufgegeben. Klar, man demonstriert beispielsweise gegen die Null-Toleranz-Masche der Innenpolitik und beklagt die zunehmende Militarisierung des öffentlichen Lebens, vermag sie aber nicht mit der wachsenden Aggressivität nach außen in Zusammenhang zu setzen.

Die Frage, warum jetzt jedes Reformprojekt notwendig scheitert, oder die, warum selbst der "politische Diskurs", das angebliche Lebenselixier der demokratischen Gesellschaft erlahmt, sobald es wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt - solche und ähnliche Fragen geben der bürgerlichen Linke keineswegs Anlaß, nach Lösungsmöglichkeiten außerhalb der traditionell bürgerlichen zu suchen.

Während die Ökonomie unser Leben dominiert, die Grundannahmen und Grenzen der parlamentarischen, wie leider auch der außerparlamentarischen Debatte bestimmt, weigert sich der größte Teil der Linken standhaft, sich jemals damit zu beschäftigen und auf diese Weise zu einer Erklärung der geopolitischen Zusammenhänge zu kommen.

Jede rein politische Lösung birgt den nächsten Krieg schon in sich

Zur Klarstellung: Wir gehen nach wie vor davon aus, daß die Gesellschaft in der wir leben, eine Klasesgesellschaft ist, in der die eine Klasse, das Proletariat, den Reichtum der Gesellschaft produziert, aber gleichwohl weitgehend davon ausgeschlossen ist. Diese Klasse ist die einzige, die an der Aufrechterhaltung dieses Systems kein Interesse hat - aber sie hat aufgehört dagegen zu kämpfen. Teils durch Naziterror und Stalinismus zerschlagen, teils durch Sozialstaat, Betriebsfrieden und Sozialstaat eingesäuselt, hat sie die letzten Jahrzehnte relativ harmonisch überdauert. Aber damit ist jetzt Schluß: Der Sozialstaat wird systematisch abgebaut, Tarifverträge werden entweder geöffnet oder ganz beseitigt und der Betriebsfrieden wird mit Rausschmissen erzwungen. Ein Krieg? Das ist das letzte, was uns noch fehlt.

Und ein imperialistischer Krieg ist und bleibt ein imperialistischer Krieg - d.h. Auf allen Seiten sollen Menschen kämpfen und sterben, die selbst unter besten kapitalistischen Akkumulationsbedingungen nur abgespeist werden, indem man ihnen ein durchschnittliches Familieneinkommen, eine warme Wohnung und vielleicht ein Auto zumißt. Auch wenn der Kapitalismus floriert, entscheiden nicht sie darüber, was mit den Produkten ihrer Arbeit geschieht, sondern sie melden ihren Bedarf an und der Käufer ihrer Arbeitskraft mißt ihnen je nach der Lage am Markt und in der Konkurrenz - das Ihre zu, falls man die Ehre hat, bei ihm beschäftigt zu werden. Freie Vereinbarung wird das genannt. Diese Verhältnisse bringen den Krieg immer neu hervor und sie funktionieren in allen kriegführenden Ländern gleich.

Deshalb ist ein Teil der Sozialdemokratie 1914 zu dem Schluß gekommen, daß es sich für Proletarier und Sozialisten verbiete, in imperialistischen Kriegen eine Seite zu wählen. Die Zimmerwalder Linke war mit dieser Position konsequent und beispielgebend für die gesamte Arbeiterbewegung. Sie wurde während des Zweiten Weltkrieges durch verschiedene linkskommunistische Gruppen aufrechterhalten, die sich sowohl gegen den Nationalsozialismus als auch gegen die Antihitlerkoalition wandten, zu einem Zeitpunkt, als der größte Teil der noch existierenden Arbeiterbewegung schon ausschließlich der russischen Außenpolitik zu dienen bereit war.

In der Zwischenzeit ist viel geschehen. Aufstieg und Fall eines ebenso imperialistischen "Nominalsozialismus" haben die Reste der Arbeiterbewegung zuerst ihres aufklärerischen Kerns beraubt, Diskussionen um die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft unterbunden und den Kommunismus kanonisiert. Was nach dieser Prozedur an linkem Potential übriggeblieben ist, wurde durch die kampflose Übergabe des Ostblocks an den vormaligen "Feind" 1989 vollkommen verwirrt. Vielleicht zu unserem Glück werden wir seither von neuen akademischen Weltbeglückungskonzepten verschont.

Es ist an der Zeit, sich von alledem freizumachen. Das Proletariat muß vor allem seine eigenen Interessen vertreten. Das kann es nur als die ausgebeutete Klasse des kapitalistischen Produktionsprozesses, d.h. im globalen Rahmen und organisiert. Der erste Schritt dazu ist zugleich die notwendige Voraussetzung einer internationalen Organisation: die konsequente Ablehnung des imperialistischen Krieges, mit der Option sich stattdessen gemeinsam und mit der angestauten Wut aus zwei Jahrhunderten Kapitalismus gegen die Peiniger der Menschheit zu stellen.

Kommunistischer Zirkel
<<http://www.left-dis.nl/>>

TÄTERLEUTEN

Ihre Gewalt und unsere

Serge Thion

Es reicht, daß Bomben knallen, und schon stürzen sich kleine, korrupte, schicke Schals tragende Intellos, die Huren der ideologischen Kriegsagenturen, auf uns, auf alle, die noch den großen Hegemonien, der Herrschaft des Marktes, der amerikanischen und zionistischen Herrschaft, der Herrschaft des Konsumtotalitarismus oder einfach nur der Diktatur der Dummheit widerstehen. Nach dem Horror von Madrid konnte man – z.B. im Corriere della Sera – Artikel lesen, in denen versucht wurde, das Campo antiimperialista, das den irakischen Widerstand unterstützt, und die Revisionisten um den „Neonazi Faurisson“ mit den Attentätern in Verbindung zu bringen. Diese Behauptungen sind aberwitzig, aber weiß man, was in den Köpfen von Polizisten abgeht, in denen lauwarmer Abwässer von Zionisten einsickern?

Wir, die Widerständler – das wäre eine treffendere Etikette –, wir sind Feinde des Terrorismus. Die Arbeiterbewegung und die revolutionären Bewegungen haben immer ihre Feindschaft gegenüber dem Terrorismus betont. Bis hin zu Leo Trotzki, der ein kleines Buch gegen den Terrorismus – die Versuchung der politisch Schwachen – geschrieben hat.

Manche unter uns in dieser Truppe von Widerständlern haben nach dem Mai '68 bei kleinen Gruppen von Mächtegernanarchisten schwere Überzeugungsarbeit geleistet und diese davon abgehalten, sich der Freude im Umgang mit Sprengstoff hinzugeben. Wir haben dabei mehr Glück gehabt als unsere deutschen und italienischen Genossen, die das Aufkommen einer mörderischen Gewalt nicht aufhalten konnten, welche nicht nur völlig unschuldige Leute, sondern auch das politische Leben dieser Länder auf Generationen hin getötet hat. Der Terrorismus erzeugt immer Kettenreaktionen, deren zerstörerische Wirkungen nicht abzusehen sind. Sein einziges dauerhaftes Ergebnis ist das Ansteigen der Repression. Wenn wir glauben würden, daß der Terrorismus irgendeinen Wert hat, würden wir kleine Sprengstoffbrötchen kneten anstatt in die Tasten zu hauen.

Deshalb staunen wir über das Theater, das man mit einem Rote-Brigade-Mörder veranstaltet, der nichts anderes zu seinem Recycling gefunden hat als – Mordgeschichten zu schreiben. Dieser Cesare Battisti hat, wie viele Tausende junge Italiener zur damaligen Zeit, eine Entscheidung getroffen, nämlich die, zum „bewaffneten Kampf“ überzugehen. Und in diesem bewaffneten Kampf auch zu töten. Absolut nichts hat damals dergleichen gerechtfertigt. Die italienische Demokratie war sicher keinen Hasenfurz wert, aber diese jungen Leute, die in einer Art Kult des italienischen Widerstandes gegen die Nazis und die Faschisten aufgewachsen sind, haben geglaubt, das sei das mindeste, das sie tun müssen, um mit dem mithalten zu können, was ihnen die vorherige Generation, die nichts als Gewalt und Mord kannte, vorgemacht und vermacht hat. Der Widerstand hat fast für alle als politisches Alibi hinhalten müssen; alle wollten so schnell wie möglich die Kompromisse, die sie mit dem faschistischen Regime eingegangen waren, so schnell wie möglich verdrängen. Und je mehr Zeit verging, desto bedeutender erschien der Widerstand. Mit diesen irreführenden, trügerischen und lügnerischen Vorbildern, die keiner Revision unterzogen wurden, sind jene jungen Leute vergiftet und aufgeheizt worden, die das Gros der Roten und ähnlicher Brigaden gestellt haben.

Das war ein gefundenes Fressen der Geheimdienste, die nun wahre Orgien feiern konnten. Alle – die italienischen, amerikanischen, israelischen und andere Dienste – hatten nun nichts anderes mehr zu tun als diese armen Irren, die mit den Pistolen spielten wie Kinder mit Reifen, zu manipulieren. Als dann diesem Revolutionstheater die Luft ausging, haben die, die noch auf freiem Fuß waren, mit einem Male keine Lust mehr gehabt, den Helden zu spielen, und sich aus dem Staub gemacht: nach Paris.

Dort hat sich ein inzwischen von einer tauben und blinden Linken zum Präsidenten der französischen Republik gemachter Betrüger großen Stils gerade gefragt, was er denn tun könnte, um, während er eine rechte Wirtschafts- und Sozialpolitik betrieb, als Linker zu erscheinen. Die Sache mit den blöden Italienern kam ihm gerade recht. Wie ein König gewährte er ihnen Asyl, was nicht nur illegitim, sondern auch illegal war: Das unserer monarchistischen Tradition entstammende Privileg der Gnadengewährung kann erst nach einer Verurteilung zur Anwendung kommen. Diese Leute aber waren damals erst einmal nur Fahndung ausgeschrieben. Und zwar wegen verschiedener Taten, die nach französischem Recht die Kriterien von Verbrechen erfüllen. Man hat also einer dreifachen Lüge beigewohnt: Mitterrand gab erstens in dieser Angelegenheit vor, „im Namen Frankreichs“ zu sprechen; dazu hatte er aber kein Recht, denn er war kein König, der sich über die Gesetze hinwegsetzen kann. Zweitens hatte er kein Recht zur Begnadigung, bevor nicht

ein Gericht zu einem Urteil kommt. Drittens – und die Italiener tun so, als hätten sie das vergessen – hatte Mitterand, der Innenminister gewesen war und der das Blut von Hingerichteten an seinen Händen hatte (insbesondere das des kommunistischen Aktivisten Yveton), von dieser Art Amnestie eben gerade jene ausgeschlossen, die Blutsverbrechen begangen hatten, was sehr wohl bei unserem Battisti der Fall war, dem die italienischen Untersuchungsrichter vier Morde vorgeworfen hatten.

Wir können uns keine Meinung über den Realitätsgehalt dieser Vorwürfe machen, und die italienische Gerichtsbarkeit hat in letzter Zeit nichts getan, wofür wir sie bewundern könnten. Das italienische Recht kennt leider keine Verurteilung in Abwesenheit. Aber man muß schon sehr staunen, wenn man die Massen von Intellos sieht, die nicht mal wissen, wie eine Spritzpistole funktioniert, wie sie sich zur Verteidigung dieses Battisti einsetzen, der – das kann man nicht überhören und übersehen – ein ekliger Brutalo ist, der seinen Nachbarn Angst einjagt und sie mit dem Tod bedroht und dem es wie den meisten nach Frankreich geflüchteten Rotbrigadisten nur um eins geht: sich der Verantwortung zu entziehen. Sie sind den Weg der Waffen und des Mordes gegangen, und in dem Augenblick, wo es darum geht, Rechenschaft abzulegen, weigern sie sich, sich ihrer – sicher schweren – Verantwortung zu stellen. Hat diese alternden Intellos, die an die Gefängnisporfen scheppern, die Moral und der Sinn für Verantwortung verlassen? Besteht die heutige Moral darin, sich allem zu entziehen, wie es jener jämmerliche Cantat [1] tut? Mehr kann man wohl von ehemaligen Althusser-Jüngern auch nicht erwarten...

Der Terrorismus kommt den repressiven Mächten sehr entgegen. Eine kleine Bombe sorgt für ein paar Gesetzesartikel, mit denen die Bürger so schnell und gründlich ihren Maulkorb verpaßt kriegen wie es ganze Kolonnen von Grünuniformierten nicht könnten.

Die kleine Bande von Schurken um den erbärmlichen Bush hat soeben vor dem US-Parlamentsausschuß, der sich mit dem 11. September befaßt, zugegeben, daß sie schon seit der Pseudowahl ihres Hampelmanns die Invasion des Iraks geplant hat, man das aber erst nach dem 11. September ins Werk setzen konnte. Man hat sich das schon gedacht, aber man hört es trotzdem gern. Der 11. September war geweihtes Brot für diese Kamarilla. Die noch immer unbekannteren Attentäter vom 11. September waren diesem Drecksack von große Hilfe: Jetzt konnten ihre Bomber aufsteigen und Menschenleiber zerfetzen.

Soweit, zu sagen, daß diejenigen, die die Tyrannei über die Welt ausüben, selbst die Attentäter sind, sind wir nicht gegangen. Gewiß haben wir den kleinen prophetischen Text Gianfranco Sanguinettis nicht vergessen, in dem er in den 70er Jahren aufgezeigt und bewiesen hat, daß es nur einen Terrorismus gibt: den des Staates. Diese Feststellung bleibt wahr in den allermeisten der Fälle. Sicher können wir aber nur einer Sache sein: Die offizielle Version ist nicht wahr. Indizien deuten darauf hin, daß Dienste in diese Affäre verwickelt waren. Als Beobachter oder als Manipulatoren? Das läßt sich nicht beantworten. Es stimmt auch nicht, daß der 11. September den Beginn eines neuen Zeitalters darstellt, das sich radikal vom vorhergehenden unterscheidet, daß „jetzt nichts mehr ist, wie es vorher war“. Die Aggressionen der us-imperialen Maschinerie kommen wellenförmig daher. Manchmal marschiert man in Panama, in Grenada, in Haiti ein. Dann bombardiert man wieder den Sudan, Libyen und den Libanon (Miterrand) aus der Ferne. Dann stößt man zum Schein in den Libanon, nach Somalia oder, unter Carter, in den Iran vor. Oder – vor allem in politischen und wirtschaftlichen Krisen – man macht richtige Eroberungen: Korea, Vietnam, Irak.

Der 11. September hat nur die Sache vereinfacht, war eine Invasionshilfe, die von besonders großem Wert bei der Ruhigstellung einer Öffentlichkeit ist, die riesige Ausgaben zu schlucken hat. Die Toten und Verwundeten werden versteckt: Im Lande der „Pressefreiheit“ ist es z.B. unmöglich, die schwarzen Plastiksäcke zu filmen, in denen die Armee jede Nacht die Leichen der im Irak getöteten Soldaten nach Hause bringt.

Doch wenn man vom richtigen Terrorismus spricht, so würde die einfache Beschreibung der Taten und der Methoden der zionistischen Invasionsarmee in Palästina mehrere Bücher ausfüllen. Der letzte Terrorakt hat sogar die am meisten abgehärteten Leute schockiert: Der Raketenangriff auf einen alten Mann im Rollstuhl – Scheich Jassin – ist eine unglaubliche und absolut selbstmörderische Provokation. Wenn eine Besatzungsarmee einen Heiligen tötet – und dieser Mann war für alle in dieser Region eine Art Heiliger –, dann tut sie das, weil sie sich selbst zerstören will; dann will sie alles liquidieren, worauf sie einst gegründet wurde. Hitler und Stalin sind wahre Waisenknaben im Vergleich mit Scharon.

Wenn man zu dieser permanenten Katastrophe die Erfolge der Verblödeten, der Stumpfsinnigen, der Loser, der Deblen, der Alkoholiker und der Feiglinge, die das Gros der US-Armee stellen, in Ländern wie Afghanistan und Irak hinzuzählt, die Massaker aus der

Luft, die Komplizenschaft mit den blutrünstigen „Warlords“, die wahllosen Schüsse in Menschenmengen, die Massenverhaftungen und die Eröffnung von Konzentrationslagern mit Abteilungen für totale Isolierung ohne jegliche Sinnesreizung, dann ist die Bilanz des Globalterrorismus eine niederschmetternde. Die Russen und die Chinesen nutzen das aus und begehen ihrerseits schwerste Verbrechen gegen Minderheitenvölker (Tschetschenen, Inguschen, Kasachen, Tibeter usw.).

Wenn nun diese riesigen Militärapparate mit Panzern und Blitzen über Länder, über ganze Völker herfallen und diese terrorisieren, dann setzen sie ein Phänomen in Gang, das so mächtig ist wie der Wüstensturm: das Recht, gegen eine Eroberung und eine Besatzung Widerstand zu leisten. Muß man an dieser Stelle daran erinnern, daß es dieses Recht ist, das – symbolisch – der Republik, in der wir leben, die Legitimierung verleiht, deren Gründervater die Inkarnation jener *résistance* gegen die Invasion und die Okkupation des nationalen Territoriums darstellt?

Der Widerstand ist keine Pflicht – jeder tut, was er für richtig hält –, aber ein Recht. Und nichts in der Welt kann ein Recht wie dieses außer Kraft setzen. Die Iren haben 800 Jahre beständigen, eisernen, niedergeschlagenen und ausgehungerten Widerstandes gebraucht, der noch immer nicht vollendet ist, um ihren Boden von der widerlichen Meute englischer Soldaten und Geschäftemacher zu befreien. Die Palästinenser leisten seit 1936 ohne Unterbrechung und mit ungeheuren Opfern Widerstand, um das Recht an ihrem Boden wiederzuerlangen, das ihnen barbarische Immigranten aus allen Ecken der Welt bestreiten. Die Afghanen leisten Widerstand wie sie es bereits gegen die sowjetische Invasion und Okkupation getan haben. Die Iraker leisten Widerstand – das Krachen ihrer Bomben erreicht uns fast jeden Tag. Das Widerstandsrecht ist ein unveräußerliches und unbestreitbares Recht. Dieses Recht erlaubt den Einsatz von Waffen und aller Mittel der Kriegsführung, um den Eindringling aus dem Land zu treiben. Die Roten Brigaden hatten nicht dieses Recht (sie haben zu keiner Zeit die amerikanischen Okkupanten angegriffen), aber die Iraker haben es, individuell und kollektiv.

Was den außerordentlich gewaltsamen Terrorismus der Attentate in Bali, Istanbul und Madrid angeht (es werden noch mehr folgen), so ist der Fall etwas komplizierter. Man weiß über die Attentäter wenig, und man mißtraut der Presse, die der Macht und ihrer Polizei zu Diensten ist. Diese Dinge sind alles andere als klar. Die Araber, die man uns im letzten Jahr in Hamburg als Komplizen der Attentäter vom 11. September präsentierte, sind aus Mangel an Beweisen freigelassen worden. Was soll denn dieses ganze Theater? Die Amerikaner rücken kein Ermittlungsergebnis heraus. Sie behalten den wunderbaren Zacharia Moussaoui im Knast, weil sie nicht wissen, wie sie ihre eigenen Gesetze umgehen können!

Wir verurteilen diese blinden Gewaltakte, denen unschuldige Menschen zum Opfer fallen. Doch wenn Mary Kelly über den Zaun des Militärstützpunktes im irischen Shannon springt und ein Transportflugzeug der Armee mit dem Beil angreift, würden wir ihr am liebsten in Stein meißeln. Es gibt in Europa mehrere Hunderte amerikanische Militärstützpunkte. Sie sind das kaum noch wahrgenommene Ergebnis einer Invasion und Okkupation, besonders Deutschlands und Italiens. Andere befinden sich in England, in Spanien, in Griechenland, in der Türkei, in Bosnien und im Kosowo (ein Teil Serbiens) und werden bald noch mehr sein. Dort müssen die Prinzipien des Widerstandes konkret verwirklicht werden. Es ist schön, gut und richtig, in den Straßen auf Demonstrationen den irakischen und den palästinensischen Widerstand moralisch zu unterstützen. Noch besser wäre es allerdings, dem Beispiel von Mary Kelly zu folgen, für 10 Euro das Stück eine Axt zu kaufen und diese Schweinereien von amerikanischen Militärstützpunkten auseinanderzunehmen, diese Agentennester, Lagerplätze für Massenvernichtungswaffen und Flugplätze für Bomber, die die ganze Welt heimsuchen. Außerdem sind sie zum Schutz unserer verrotteten und korrupten Regierungen da!

In einem vergessenen, 1945 in London erschienen Buch schrieb ein Lobredner der englischen Armee, daß „die Bomber die Zivilisation gerettet“ hätten – gemeint war die der City, der Banken, die von Whitehall und die von Lloyd (J. M. Spaight, „Bombing Vindicated“). Um unsere Zeit verstehen zu können, muß man dieses Buch lesen. Wer, wie ich, mehrere Bombardements der US Airforce von unten miterlebt hat, weiß, was Terrorismus heißt und was der wahre Terrorismus ist. Der Einsatz der „fliegenden Festungen“, wie man in den 50er Jahren sagte, die Bomben auf Sie abwerfen, ohne daß man sie auch nur am Himmel sehen oder hören könnte, so hoch fliegen sie, ist das

Instrument des absoluten Terrors, der absoluten Ohnmächtigkeit der Massen von armen Leuten, die in alle Richtungen rennen, um lächerliche Unterstände zu finden.

Als die Roten Khmer 1975 die Amerikaner aus dem Land gejagt haben, sind sie aus den Wäldern auf den Flugplatz von Battambang im Westen des Landes gekommen. Die jungen Bauernsoldaten, die einige der schlimmsten Bombardierungen unserer Zeit erlitten haben, haben sich über die Flugzeuge hergemacht, die aufgegeben am Rande der Startpiste standen, und haben sie mit ihren bloßen Händen ins Stücke zerschlagen. Die Wut hat ihnen die Kraft dazu verliehen.

Die Todesvögel haben eine Schwäche: Sie müssen landen. Dann müssen wir da sein mit erhobener Faust. Machen wir Schrott aus ihnen! Dann wird die Menschheit wieder aufatmen können.

24.März 2004.

[1] Ein Rockmusiker, der seine Freundin, die Schauspielerin Trintignant umgebracht hat.

IMMER VERHETZUNG

Verbotener Versuch der Errichtung einer Willkürherrschaft

An das Bundesverfassungsgericht Schloßbezirk 3
76131 Karlsruhe

Berlin, den 3. Dezember 2003 [...]

Es wird Verfassungsbeschwerde erhoben und ein Antrag auf einstweilige Anordnung gestellt

Es wird unbeschadet der Tatsache, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik wie auch die Verfassungen der Länder menschenrechtswidrige Bestimmungen enthalten, welche die Besetzung des Landes fortschreiben und ausländischen Bewaffneten Handlungsrechte gegenüber der einheimischen Bevölkerung einräumen, Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht erhoben.

Die Beschwerde wird ungeachtet der Tatsache erhoben, daß seit 1933 freie Wahlen auf deutschem Boden nicht stattfinden konnten - was seit 1945 an der fortdauernden Anwesenheit von Besatzungstruppen liegt -, es aber auch an einer zur Verfassungsgebung autorisierten Körperschaft im Sinne einer Volksversammlung fehlt. Um es mit dem Verfassungsrechtler Ulrich K. Preuß zu sagen: "Eine Verfassung ist der Inbegriff einer durch Recht konstituierten und durch Recht organisierten guten politischen Ordnung, in der die Träger dieser Ordnung einander als freie und gleiche Subjekte anerkennen" (Transit Nr. 17).

Eben an dieser Anerkennung mangelt es bei einem Fortbestehen eines Besatzungsregimes, der fortgesetzten tolerierten Tätigkeit der Geheimdienste fremder Mächte auf deutschem und europäischem Boden, welche demokratische Strukturen unterwandern und demokratische Entscheidungsprozesse vereiteln. An dieser Anerkennung mangelt es, wenn - sei es auf Druck der Besatzungsmacht oder in einer Art vorausseilendem Gehorsam - Entmündigungsgesetze wie der § 130 III StGB erlassen werden, welcher die Freiheit des Gewissens, der Religion und der Weltanschauung aufheben und ein Recht auf staatliche Verordnung des Geschichtsbildes kreieren. Daß ein Staatsanwalt Mohr dann wegen "versachlichender Wortwahl" Anklage erhebt, rechtswidrig die allgemeine Verlagsausrüstung beschlagnahmt und eine Richterin Maietti mittels Beugung des Antrags- und Verteidigungsrechts zur Verurteilung schreitet, ist eine nicht unlogische Folge der vom Bundestag unter Brechung elementarer Menschenrechte verabschiedeten Vorschrift.

Es wird Beschwerde erhoben in Anerkennung, daß Deutschland als ein Laboratorium des Besatzungsunrechts und des ausgeklügelten Völkermordes betrachtet werden kann: deutsche und europäische Schulkinder werden für ein Geschehen verantwortlich gemacht, welches ausweislich der Berichte der Widerstandskreise des 20. Juli keinem der damals hochrangigen Offiziere in

jener Form und Ausmaß bekannt war, welche heute im Falle des Bezweifelns zu Verurteilungen "wegen Volksverhetzung" führt:

Kinder sich verantwortlich fühlen zu lassen für ein sechzig Jahre zurückliegendes behauptetes Verbrechen, bedeutet eine beständig wiederholte Folter, da sich diese wegen der Schulpflicht dieser Verantwortlichmachung - und damit der Schuldzuweisung - nicht entziehen können und zudem die Tatsächlichkeit der historischen Darstellung zu überprüfen - wie u.a. der Präsident der österreichischen Ingenieurskammer Walter Lüftl, der Doktorand der Max-Planck-Gesellschaft Germar Rudolf, der Literaturprofessor Robert Faurisson, der Gelehrte des CNRS (einer der deutschen Akademie der Wissenschaften vergleichbaren Einrichtung) Serge Thion und viele weitere international bekannte Wissenschaftler und Publizisten schmerzlich erfahren mußten - nach allgemein nachvollziehbaren, wissenschaftlichen Grundsätzen genügenden Methoden durch die Besatzungsmacht und deren ausführende Organe verhindert wird.

Es wird Beschwerde erhoben in der Annahme, daß die verbreitete Kinderlosigkeit in Europa erheblich mit diesen Schuldzuweisungen im Zusammenhang steht,

in Verbindung mit diesen Schuldzuweisungen eine feindliche Gesetzgebung geschaffen wurde, die auf die Zerstörung aller Menschlichkeit im Kern zielt, nämlich auf das mit Descartes übermittelte "Denken heißt Vergleichen". Das von Richard von Weizsäcker dem Historiker Ernst Nolte entgegengehaltene und seither politisch verankerte Vergleichsverbot beraubt den Adressaten der Menschenwürde, es zielt auf den Kern der menschlichen - als vom Tierreich unterschiedenen - Existenz, es bedeutet einen neuen, bislang unbekanntem Totalitarismus;

in Verbindung mit dieser Mißhandlung wird auf vielfältige Weise Elternschaft entmündigt, über das Steuerrecht und eine Vielzahl mißgünstiger Signale bestraft, wird Elternschaft mit Vorschriften, Verpflichtungen und Strafgesetzen überzogen, die materiellen Bedingungen, Kinder aufzuziehen aber untergraben.

Es wird Beschwerde erhoben ungeachtet des Verdachts, daß die im Grundgesetz festgeschriebenen Garantien und Verbote illegaler staatlicher Handlungen - wie das Verbot der Führung eines Angriffskrieges - in der Praxis nach Belieben ignoriert werden, nachhaltig wirkende demokratische Instrumentarien nicht vorhanden sind und somit das Grundgesetz als solches im Verdacht steht, lediglich der Verblendung einer grausamen Politik zu dienen, unter Verweis, daß es sich um die im Grundgesetz nur eingeschränkt gegebenen Garantien der Freiheit der Kommunikation, des Gewissens, der Religion, der Kunst usw. um ewige, durch die BRD-Gesetzgebung unberührbare Werte handeln, die uneingeschränkt zu gewähren sind; die Einschränkungen von Grundrechten sind mit deren Geist unvereinbar und illegal, Grundrechte sind Minimalrechte, ohne welche die Menschenwürde als Hohlformel zurückbliebe; sie bilden absolute Schranken legalen staatlichen Handelns.

Die Beteiligung an den Angriffskriegen auf die Völker des Balkans, Afghanistans und des Irak, die Unterstützung der anhaltenden Besatzung dieser Territorien und die mit § 130 III ausgesprochene Kriegserklärung an die Menschenrechte sind Teil ein und derselben Strategie der Untergrabung des friedlichen Zusammenlebens, welche in der fortgesetzten Mißhandlung der Palästinenser ihren sichtbarsten Ausdruck findet. Es ist zu befürchten, sollte sich der Gedanke der Demokratie nicht gegen die Gewalt durchsetzen, daß andere Regierungen dem Beispiel folgen und Teile der inländischen Bevölkerung nach Belieben diskriminieren und ihrer Rechte berauben.

Es wird Beschwerde erhoben in der Hoffnung und vor dem Hintergrund, daß unter dem Gesichtspunkt fehlender demokratischer Praxis derzeit keine Körperschaft ohne weiteres als legitimes Organ des deutschen Volkes angesehen werden kann, andererseits in Betracht kommt, daß die Besatzungsmacht mit Kreisen des internationalen Terrorismus verbunden ist, es nach 1945 zur Hinrichtung der Unterlegenen in großer Zahl und in Verbindung mit bis dahin unbekanntem Techniken der Manipulation mittels neuer, vom Staat unter Bruch der Pressefreiheit monopolisierter Massenmedien, zu bislang unbekanntem Formen staatlicher Bewußtseinslenkung gekommen ist, in Verbindung mit der Auffassung des Unterzeichners, daß das Bundesverfassungsgericht in der Vergangenheit eine Reihe respektabler Entscheidungen gefällt hat, vor allem aber, daß einzelne ehemalige hochrangige Politiker und Verfassungsrichter Zeugnis einer persönlichen Betroffenheit und aufrichtigen Nachdenkens gaben - Werner Maihofer, Ernst-Wolfgang Böckenförde seien hier stellvertretend genannt -, so daß ungeachtet aller Unrechtshandlungen unverändert Hoffnung besteht, es möge die nunmehr bald sechzigjährige Besatzungszeit und das ihr assoziierte System der Schutzgelderpressung sich beenden lassen.

Die Beschwerde richtet sich gegen einen auch nach den Gesetzen der BRD verbotenen Versuch der Errichtung bzw. Befestigung einer Willkürherrschaft mittels der

Unterdrückung des Instituts der Zulassungsfreiheit der Presse, der Beseitigung der Eigentumsgarantie, der Beweisumkehrlast für behauptete strafbare Pressedelikte und unzulässiger Berufung auf das Gesetz zum Schutz der Jugend, welches ein geregeltes Verfahren, nicht aber die Machtvollkommenheit einer Frau Föppel-Gierloff zur Feststellung etwaiger Jugendgefährdung vorsieht.

Angefochten wird der Beschluß des Finanzgerichts Berlin vom 3. November 2003, zugestellt am 6. November 2003, Az.: 4 B 4171/03, mit welchem der Antrag auf Ablehnung des IV. Senats wegen der Besorgnis der Befangenheit für unzulässig erklärt wird.

Das Gericht erklärte Antrag des Unterzeichner vom 5. September 2003 auf Aussetzung der Vollziehung zu Unrecht für unzulässig. Die vom Finanzgericht mit Beschluß vom 30. Oktober 2003 gegebene Begründung, welche den Antrag auf Ablehnung wegen der Besorgnis der Befangenheit nach sich zog, würde u.a. wegen der Beugung des Umsatzsteuerrechts ein Ende der Freiheit von der Zensur bedeuten. Würde den Finanzämter das Recht eingeräumt, wie das Finanzgericht dies tat, eigenständig und unter Umgehung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien und dessen geregeltem Verfahren eine Jugendgefährdung festzustellen, wäre eine erhebliche Rechtsunsicherheit - auch auf steuerlichem Gebiet - die Folge. Auch die Forderung, anstelle der Gewährleistung der Inanspruchnahme des vom Gesetzgeber bestimmten Steuersatzes für Bücher und Zeitschriften eine Prüfung des Rechtes durch Berliner Zolldienststellen zu verlangen, hebt Presse- Zensur- und Gewerbefreiheit auf. Der Antrag auf Ablehnung war begründet und keineswegs rechtsmißbräuchlich.

Die Verfassungsbeschwerde ist dringlich, da bei einer Verhandlung vor einem befangenen Gericht weitere unrechte Gewaltausübung des Staates droht.

Es wird in diesem Zusammenhang beantragt, das Gericht möge auf dem Wege einer einstweiligen Anordnung jede weitere Verhandlung der bezeichneten Kammer - also auch jene in der Hauptsache, Az. 4 K 4170/03 - bis zur Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde aussetzen lassen.

Gegenstand des mit der Beschwerde angefochtenen Beschlusses war der nachfolgend übermittelte auszugsweise Schriftsatz des Unterzeichners vom 30. Oktober 2003:

"Das Gericht begründet die Ablehnung nach einer Reihe von juristischen Ausführungen, deren Richtigkeit in diesem Zusammenhang dahingestellt sein mag, mit einer unhaltbaren, der Logik wie dem Recht widersprechenden These. Es heißt im Beschluß vom 9. Oktober 2003:

"Nach Ergehen eines Feststellungsbescheides besteht deshalb für einen Antrag auf Aussetzung der Vollziehung kein schutzwürdiges Interesse, wenn dieser Antrag mit Zweifeln an der Rechtmäßigkeit der Entscheidung im Feststellungsbescheid begründet wird."

Grundsätzlich hat der von staatlichen Entscheidungen Betroffene das Recht, gegen diese die Gerichte anzurufen. Das Finanzgericht setzt in der Begründung des Beschlusses komplizierte Ausführungen zu Folgebescheiden, Steuerbescheiden, Feststellungsbescheiden usw. anstelle dieser einfachen Tatsache.

Sachlich u.U. nachvollziehbare Feststellungen, wie im Vorfeld vorgetragen, werden mit einer unzulässigen Behauptung abgeschlossen.

Zweifel an der Rechtmäßigkeit von Entscheidungen begründen regelmäßig das Recht, gegen diese vorzugehen.

Den Gesetzestext zitierend heißt es im Beschluß vom 9. Oktober 2003: "Nach § 182 Abs. 1 AO sind Feststellungsbescheide, auch wenn sie noch nicht unanfechtbar sind, für andere Feststellungsbescheide, für Steuermeßbescheide [...] bindend, soweit die in den Feststellungsbescheiden getroffenen Feststellungen für diese Folgebescheide von Bedeutung sind."

Daraus folgt aber aus dem Rechtsstaatsprinzip, daß ein solcher Feststellungsbescheid vom Betroffenen angegriffen werden darf.

Die Behauptung, es bestehe, "für einen Antrag auf Aussetzung der Vollziehung kein schutzwürdiges Interesse, wenn dieser Antrag mit Zweifeln an der Rechtmäßigkeit der Entscheidung im Feststellungsbescheid begründet wird", bricht mit der Rechtsstaatlichkeit und stellt sich außerhalb der Rechtsordnung.

Zweifel an der Rechtmäßigkeit staatlicher Entscheidungen begründen bereits wegen § 19 GG (4), wo es heißt: "Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen", ein einklagbares Widerspruchsrecht.

Das Finanzgericht hat mit der Begründung seines Beschlusses vom 9. Oktober 2003 dieses Grundrecht bestritten und - indem es die Zugangsvoraussetzungen mit dieser

unzulässigen Begründung erschwerte - das Recht gebeugt, statt diesem zur Anerkennung zu verhelfen, wie es seines Amtes wäre.

Gebeugt hat das Finanzgericht die Finanzgerichtsordnung, indem es zu unrecht den Antrag auf Aussetzung der Vollziehung als unbegründet erklärt und in diesem Zusammenhang schreibt: "Der Antragsteller hat nämlich weder vorgetragen noch ist zweifellos erkennbar, dass die besonderen Zugangsvoraussetzungen des § 69 Abs. 4 FGO insoweit erfüllt sind."

Der Unterzeichner hatte aber seinen Antrag auf Aussetzung der Vollziehung sehr wohl damit begründet, daß die Vollstreckung droht.

FGO § 69 (4) lautet: Der Antrag nach Absatz 3 ist nur zulässig, wenn die Behörde einen Antrag auf Aussetzung der Vollziehung ganz oder zum Teil abgelehnt hat. Das gilt nicht, wenn 1. die Finanzbehörde über den Antrag ohne Mitteilung eines zureichenden Grundes in angemessener Frist sachlich nicht entschieden hat oder 2. eine Vollstreckung droht.

In der Antragschrift des Unterzeichners wird darauf verwiesen, daß Anträge auf Aussetzung der Vollziehung - so nicht vom Finanzamt mit Schreiben vom 12. August 2003 abgewiesen Ausnahme ohne jegliche förmliche Beantwortung blieben. Statt dessen wurden Mahnungen versandt, aus denen hervorging, daß die Forderungen der Vollstreckungsstelle übergeben wurden.

Kopien der Mahnungen liegen dem Gericht als Beweismittel vor. Damit sind - anders als das Gericht erklärt - die Zugangsvoraussetzungen entsprechend FGO § 69 Abs. 4 erfüllt.

Daß die Forderungen bereits der Vollstreckungsstelle übergeben wurden, ist inzwischen von dieser bestätigt worden. Siehe auch das -- Schreiben der Vollstreckungsstelle des Finanzamts Friedrichshain-Prenzb. vom 8. September 2003.

Dem Gericht sind umfangreiche Materialien übergeben worden, aus denen ersichtlich ist, daß der Unterzeichner das Opfer einer Reihe von Rechtsverletzungen durch Vertreter des Landes Berlin ist, welche zu einem weitgehenden Zusammenbruch des Betriebes geführt und auch die Abgabe von Steuererklärungen verhindert haben.

Daß es u.a. mit der Betriebsprüfung nicht mit rechten Dingen zugeht, ist aber auch aus dem Prüfbericht selbst bei oberflächlicher Betrachtung leicht erkennbar.

Es ist keineswegs unerheblich, aus welchen Gründen eine Steuererklärung nicht erstellt werden kann. Der Staat haftet für das Handeln seiner Vertreter. Da der Betriebsprüfungsbericht - insofern richtig - einräumt: "Diverse Unterlagen wurden von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt" hätte das Finanzamt in Kenntnis der Beschlagnahmenvorschriften von StPO und Landespressegesetz leicht erkennen können, daß die Unterlagen wie auch die Betriebsausrüstung herauszugeben waren.

Entsprechendes gilt auch für den Betriebsprüfungsbericht zu den Jahren 1997 und 1998, auf welchen das Gericht in seiner Begründung ausdrücklich Bezug nimmt.

Auch setzt sich Frau Föppel-Gierloff über den gesetzlich für Bücher und Zeitschriften geltenden ermäßigten Umsatzsteuersatz hinweg und verlangt für dessen Inanspruchnahme einen speziellen Nachweis. Eine solche Nachweispflicht für Bücher und Zeitschriften besteht aber wegen des Gebotes der Freiheit der Presse gerade nicht; lediglich Einschränkungen des Verfassungsgrundsatzes bedürfen der Regelung und des Nachweises im Einzelfall - z.B. über eine Aufnahme in die bei der Bundesprüfstelle geführte Liste.

Im Falles eines Versagens des gesetzlich geregelten Steuersatzes wäre es am Finanzamt, im Streitfall die Berechtigung hierfür nachzuweisen.

Diese Berichte, das machen derartige Angaben und Verhältnisse deutlich, sind zweifelhaft; das Gericht hätte dies durch bloße Kenntnisnahme des Inhalts ohne weitere eigene Recherche erkennen können und müssen.

Statt dem Gesetz genüge zu tun, schließt sich das Gericht der Beugung des Umsatzsteuerrechts an und erklärt:

"dass er insbesondere den Nachweis darüber zu führen hat, dass für die von ihm vertriebenen Erzeugnisse keine Hinweispflicht nach § 4 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften besteht."

Die Verweigerung des in der Bundesrepublik für Bücher und Zeitschriften geltenden ermäßigten Steuersatzes von 7 Prozent mit den Bescheiden zur Umsatzsteuer, welche einen Satz von 15 Prozent ausweisen, bedeutet vor dem Hintergrund, daß es sich hier nicht um einen schlichten Fehler handelt, einen Angriff auf die Rechtsordnung und damit auf die verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates.

Frau Föppel-Gierloff hatte anlässlich ihres Besuches im Verlagsraum behauptet, die vom Unterzeichner mitherausgegebene Zeitschrift Sleipnir gehöre zu den jugendgefährdenden Schriften.

Frau Föppel-Gierloff wurde bei dieser Gelegenheit wie auch mittels verschiedener Schreiben wiederholt darauf hingewiesen, daß eine solche Qualifizierung nicht in das Ermessen des Finanzamtes fällt. Die Gesetze zum Schutz der Presse vor willkürlichen Zensurversuchen - und um einen solchen handelt es sich hier - sehen vielmehr ein geregeltes Verfahren vor, für welches eigens eine Bundesbehörde, die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften geschaffen wurde.

Das Finanzamt - Bearbeiterin Frau Föppel-Gierloff - hatte am 9. März 2001 ein Auskunftersuchen an den Unterzeichner gerichtet, mit welchem es sich auf ein Urteil bezog, welches im Jahre 1986 im Zusammenhang mit einem Import von Autoreifen aus der DDR in die BRD erging. Derartige strittige Steuerermäßigungen für Importgüter haben aber mit dem gesetzlich geregelten Steuersatz für Bücher und Zeitschriften nichts zu tun; ich habe dieses Urteil gegenüber dem Finanzamt daher auch nicht zu erläutern.

Es wurde entsprechend ein Antrag auf Feststellung der Nichtigkeit des Auskunftersuchens des Finanzamt vom 9. März 2001 gestellt.

Es mangelt dem Auskunftersuchen an der notwendigen Bestimmtheit; dem Ersuchen ist in der vorliegenden Form aus inhaltlichen Gründen, die in der mangelnden Konkretheit des Ersuchens selbst liegen, nicht zu erfüllen. Auf der anderen Seite ist der Antragsteller bei Nichterfüllung des objektiv nicht erfüllbaren Auskunftersuchens mit steuerlichen Nachteilen bedroht, wie die inzwischen erlassenen Bescheide zu Umsatzsteuer belegen.

Mit dem Auskunftersuchen wird erklärt: "Da Sie den ermäßigten Steuersatz begehren, bitte ich um Tatsachen, die dies rechtfertigen."

Die Aufforderung ist unklar, da ich als Verleger und Buchhändler den ermäßigten Steuersatz nicht aufgrund individuellen Begehrens, sondern aufgrund des § 12 (2) Umsatzsteuergesetzes anwende. Ich bin hier hinsichtlich des ermäßigten Steuersatzes kein Antragsteller, sondern zu dessen Anwendung gesetzlich verpflichtet.

Für die Begründung, warum entsprechend § 12 II 1 UStG, Anlage zu Abs. 2 Nr. 1, Pos. 49 bei Büchern und Zeitschriften der ermäßigte Steuersatz anzuwenden ist, ist der Bundestag verantwortlich, nicht aber der Bürger. Der Bürger darf auch nicht genötigt werden, Aufgaben des Bundestages, die Kraft weiterer Gesetze diesem zustehen, zu übernehmen. Auch darf der Bürger nicht mit Nachteilen bedroht werden, sollte er Aufgaben, die er objektiv nicht erfüllen kann - wie hier die Begründung der Anwendung des ermäßigtem Steuersatz laut Umsatzsteuergesetz anstelle des Gesetzgebers -, nicht übernehmen.

Die Mitteilung des Finanzamtes im Auskunftersuchen: "gemäß BFH-Urteil vom 15. 7. 1986 BStBl II S. 857 trägt der Steuerpflichtige die Beweislast für Steuerermäßigungen" erfüllt vor diesem Hintergrund den Tatbestand der Nötigung und des Mißbrauches der Amtsgewalt.

Soweit es im Auskunftersuchen heißt "Ich halte - auch nach Rücksprache mit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften - an meiner bisherigen Rechtsauffassung" [fest], ist auch hier nicht hinreichend bestimmbar, worauf sich diese Aussage bezieht, welches die "bisherige Rechtsauffassung" ist.

Die Bundesprüfstelle hat ihrerseits erklärt, keinerlei Daten bezüglich meiner Tätigkeit zu besitzen, keine Verfahren gegen Verlagserzeugnisse des Verlages der Freunde zu führen.

Das Finanzamt wurde mit Fax vom 22. März 2001, 12.37 Uhr, entsprechend über diese Tatsache informiert.

Da Frau Föppel-Gierloff im Besitz einer Aufstellung jugendgefährdender Schriften, herausgegeben von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, ist, hätte sie leicht herausfinden können, daß sich die vom Unterzeichner herausgegebene Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik, Sleipnir, nicht auf dieser Liste befindet und somit keine Handhabe für die Verweigerung des für Bücher und Zeitschriften gesetzlichen Steuersatzes entsprechend § 12 II 1 UStG, Anlage zu Abs. 2 Nr. 1, Pos. 49 besteht.

Die Umsatzsteuerbescheide wie auch die diesen zugrundeliegenden Ausführungen und Angaben in den Prüfberichten sind gesetzwidrig und rechtsverletzend, das Vorgehen der Frau Föppel-Gierloff erfüllt den Tatbestand der Nötigung wie des verbotenen Versuches der Zensur, indem diese die weitere Herausgabe der Zeitschrift durch zu Unrecht belastende Bescheide, welche die wirtschaftliche Strangulierung des Unternehmens bedeuten, zu verhindern sucht.

Statt dem Gesetz genüge zu tun, schließt sich das Gericht der Beugung des Umsatzsteuerrechts an und erklärt:

"dass er insbesondere den Nachweis darüber zu führen hat, dass für die von ihm vertriebenen Erzeugnisse keine Hinweispflicht nach § 4 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften besteht."

Das Gericht hat offenkundig - statt sich die Sache wenigstens im Groben anzusehen - die Argumente des Finanzamtes übernommen.

Daß es noch nicht einmal die Grundsätze der Billigkeit berücksichtigen wollte und erklärte, es seien "im Streitfall Rechtmäßigkeitszweifel zur Zeit fast ausgeschlossen", läßt - will man nicht Schlimmeres annehmen - nur Voreingenommenheit als Schluß zu.

Die Weigerung, selbst einen vorläufigen Rechtsschutz zu verweigern, verletzt die Menschenwürde, die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes und weitere elementare Vorschriften nationalen sowie unmittelbar wirkenden internationalen Rechts.

Auch dürfte das Gericht über soviel Kenntnisse des Geschäftslebens verfügen, um zu wissen, daß eine einzige Beschlagnahme der Rechner eines Unternehmens nicht selten den Ruin der Firma zur Folge hat. Aus diesem Grund sind die Schutzvorschriften des Landespressegesetzes und der StPO geschaffen worden, über welche die Staatsanwaltschaft sich wiederholt hinwegsetzte. Wenn das Gericht ungeachtet dessen meint, angesichts wiederholter Beschlagnahmen Gewinnschätzungen für realistisch zu halten, sind Zweifel angebracht.

Das Finanzgericht hätte vor dem Hintergrund offenkundiger Ungereimtheiten in den sogenannten Betriebsprüfungsberichten und angesichts schwerster Verwürfe gegenüber dem Finanzamt, das vielfältige unwahre Behauptungen aufgestellt hat, dem Unterzeichner zumindest die Fortführung des Betriebes gestatten müssen, der vor dem Hintergrund drohender Vollstreckung nahezu handlungsunfähig ist und einer vom Land Berlin verschuldeten Insolvenz entgegensieht."

- Zitatende -

Die Verfahrensweise des Finanzgerichts macht deutlich, daß der Antrag auf Ablehnung wegen der Besorgnis der Befangenheit keineswegs mißbräuchlich, vielmehr begründet gestellt wurde. Über diesen hätte entschieden werden müssen.

Andreas Röhler

Anlage: Beschluß des Finanzgerichts Berlin vom 3. November 2003, Az.: 4 B 4171/03

PROZEß

Bericht über den vierten Verhandlungstag (25. Februar 2004) im Prozeß gegen Mahler, Oberlercher und Meenen (Deutsches Kolleg)

von Peter Töpfer

Bevor wir vom vierten Prozeßtag berichten, werfen wir ein Blick zurück auf den dritten und die Berichterstattung über diesen in den privilegierten Medien des Establishments. Wie wichtig eine freie und unbezahlte Berichterstattung aus dem Volk heraus ist und warum die Herrschenden eine solche zu verhindern versuchen, zeigt ein Artikel der tageszeitung vom 20.2.2004 über den dritten Verhandlungstag am 18. Februar 2004, der ein Bild über den Prozeßverlauf vermittelt, das erheblich von dem anderer Beobachter abweicht. Am 18.2.04 war mir als unabhängigem Berichtersteller zu berichten erschwert worden, indem man mir Papier und Stift weggenommen hat.

Die taz-Autorin Mareke Aden schreibt in ihrem Artikel "Bühne frei für die Horst-Mahler-Show": "Der Richter zeigt keine Regung", "thront regungslos", "reagiert nicht", "wirkt schläfrig" usw. Dann: "Erst vor der nächsten Pause droht er mit dem Ausschluß der Öffentlichkeit, wenn noch einmal applaudiert und gelacht werde." Die Wahrheit ist, daß Richter Faust eine Moralpredigt gehalten, sich aufgeplustert, entrüstet und wichtig gemacht hat und vom Publikum nicht etwa Ruhe, sondern vehement Betroffenheit eingefordert hat. Die taz lügt also wieder mal.

Diese erzwungene Betroffenheit soll die Unterwerfung unter ein Heiligtum herbeiführen. Schön, daß das Publikum gelacht hat! Wenn es doch nur bei allen Heiligtümern so wäre Richter Faust fordert unter Androhung von Gewalt das Vor- und Schauspielen von Gefühlen: Das Kartenhaus und Lügegebäude OMF soll mit Moral am stehen gehalten werden.

Richter Faust wirkt nur "regungslos". Tatsächlich ö das beweist der cholerische Ausbruch des Richters ö zeugt sein demonstratives Gelangweiltsein (wir berichteten, daß er während des Vortrags Horst Mahlers am 18. Februar unbeteiligt und abwesend in Akten blätterte) wahrscheinlich von einer Hinterhältigkeit wie sie Reinhold Oberlercher bereits anlässlich eines Strafverfahrens gegen ihn und Stefan Wunner am 12.8.2003 am Amtsgericht Hamburg-St.Georg erfahren mußte und beschrieben hat: Der dortige Richter Dr. Steinmann habe, so Oberlercher in seiner Anzeige bei der "Reichsermittlungsstelle" (dem Salzgitter der BRD), durch "sehr höfliches Benehmen, geneigte Kopfhaltung und verständnisvolles Nicken gezielt den Eindruck erweckt, er sei intellektuell in der Lage, die von mir vorgetragene und in ihren geistesgeschichtlichen Zusammenhängen ausführlich erläuterte Erklärung nachzuvollziehen. Der Beschuldigte hat in seiner Eigenschaft als Einzelrichter keine einzige Verständnisfrage und keine einzige Nachfrage zum Text und zur Motivation seines Verfassers gestellt. Er hat aber einen Lern- und Verstehensprozeß schauspielerisch dargestellt." Vergleichbar mit Richter Fausts ungestüme Moraleruption verkündete der Hamburger Richter Dr. Steinmann, "ohne auch nur eine Minute Besinnungspause einzulegen", unvermittelt das Urteil (Geldstrafe), das er mit den strafrechtlich höchst relevanten Qualifikationen wie "verquaste Philosophie" und "dummes Zeug" begründete.

Seit wann wäre Dummheit strafbar?

Der auf Richter Faust lastende Druck ist enorm: Er muß den OMF-Retter machen. Man darf gespannt sein, zu welchen Ausbrüchen er noch auflaufen wird. Bis zur Urteilsverkündung hat er jedenfalls sein Temperament nicht im Zaum halten können wie sein mit größerer schauspielerischer Begabung ausgestatteter Kollege Dr. Steinmann in Hamburg. Das ehrt ihn.

Auf die mit großer Strenge vorgetragene Moralpredigt des Richters hin stand ein Zuhörer, der ganz links in der zweiten Reihe saß, unvermittelt auf und verließ mit den empörenden Worten "Das höre ich mir nicht länger an! Das lasse ich mir nicht bieten!" den Verhandlungssaal. (Eine Reaktion, die vom "schläfrigen Richter" Faust verursacht wurde.) Das war gut so; das war ein Zeichen. Der Mann empörte und erhebe sich im wahrsten Sinne. Wir anderen blieben sitzen, jedoch nicht zum Zeichen der Unterwerfung, oh nein. Wir werden Richter Faust keinen Vorwand geben, uns, die Öffentlichkeit, das Volk, vom Verfahren auszuschließen. Wir können ganz ruhig, und nicht nur schein-ruhig wie der Richter, sitzen bleiben, weil wir unsere Wut längst schon rausgelassen haben, und bei der endgültigen Abwicklung der möchtereignis-erpresserischen OMF-Moralpredigten assistieren.

Frau Aden behauptet weiter in ihrem taz-Artikel, der Vorsitzende Richter hätte sich Mahlers Ausführungen zur Etymologie des Wortes Holocaust "geduldig angehört". Geduld und Gelassenheit sind vorgespielt, nur verfahrenstaktischer Natur; anders ist sein Betroffenheitsausbruch, der eine Befangenheit befürchten läßt, nicht zu erklären: Da muß sich unter der ruhigen Fassade Erhebliches angestaut haben.

Daß der religiöse Begriff "Holocaust" völlig schwach- und widersinnig, ganz offensichtlich absurd ist und deswegen nur noch von gehirnampulierten Szchajssdöttchen, aber von Juden ö die nur noch von "Shoa" sprechen ö längst nicht mehr benutzt wird, beweist doch schon, daß ein ganzes (holo) Volk verbrannt (caust) worden sei ö wonach es keinen einzigen Juden mehr geben dürfte ö und daß SS-Männer in dieser Logik Vollstrecker des Willens des jüdischen Gottes und dessen Opfergehilfen gewesen sein müssen. (Siehe zu dieser Thematik: Pierre Guillaume, "Genozid ö Holocaust ö Schoa: Eine Frage der Terminologie" in: Sleipnir. Zeitschrift für Kultur, Politik und Geschichte Heft 33 (<<http://www.sleipnir.netfirms.com>>www.sleipnir.netfirms.com); der Aufsatz wird in der nächsten Ausgabe der national-anarchistischen Abonnement-Stromzeitschrift AUTO: im Netz veröffentlicht.)

Frau Aden spricht in ihrem Artikel von "verfassungsfeindlichen Äußerungen in diesem Prozeß". Vielleicht hat sie nicht richtig zugehört. Denn dann hätte sie, falls das in ihrem Studium vernachlässigt worden ist, spätestens von Horst Mahler in dessen von ihr stets apostrophierten "Einlassungen zur Sache" ("Gerichtsreporterin" nennt sich das dann) erfahren, daß der Kaiser nackt ist: Die OMF-BRD hat keine Verfassung, sondern ein Grundgesetz; eine Verfassung hätte sie sich laut Grundgesetz nach der Wiedervereinigung geben müssen. Wenn jemand grundgesetzwidrig handelt, dann die Parlamentarier der

OMF. Es ist Horst Mahler, der wahrlich Geduld hat und den Blinden immer wieder das Offensichtlichste zu zeigen versucht. Oder hat sie etwa doch gut zugehört, bezieht sich auf die Weimarer Verfassung und meint Staatsanwalt und Richter?

Kommen wir jetzt zur vierten Verhandlung am 25. Februar, die von vornherein nur für eine halbe Stunde anberaumt gewesen war: Sie begann pünktlich 13.00 Uhr, und zwar ohne die Angeklagten Oberlercher und Meenen, deren Verteidiger jedoch anwesend zu sein hatten. Das Publikum mußte bis dahin erneut in jenem Treppengang warten, wo es keinen Zugang zu Toiletten gibt. Darin liegt eine Abschreckung der Öffentlichkeit, so daß eigentlich von einer öffentlichen Verhandlung die Rede nicht sein kann.

Bevor Horst Mahler mit seinen Einlassungen fort fuhr, gab er eine Erklärung ab: Erneut habe ihm Staatsanwalt Krüger unmittelbar vor Eröffnung der Verhandlung ein Schreiben überreicht, in dem Horst Mahler von der Einleitung weiterer Ermittlungen — diesmal wegen Verunglimpfung des Staates — unterrichtet wird. Horst Mahler sagte, er könne den Staat BRD gar nicht verunglimpfen haben, weil es ihn nicht gibt. Als virtueller, als Als-ob-Beteiligter an diesem Verfahren forderte Horst Mahler Richter Faust auf, den "natürlichen Handlungszusammenhang" des Vorgehens seitens des Staatsanwaltes Krüger bei der Oberstaatsanwaltschaft überprüfen zu lassen.

Horst Mahler führte bei dieser Gelegenheit aus, daß Probleme, über die nicht gesprochen werde, nicht gelöst werden können und Krebsgeschwüre bilden würden. Staatsanwalt Krüger, der "kräftig die Ausschwitzkeule" schwingt, sei solch ein Verhinderer von Gesprächen über Probleme. Krüger hat sich bereits einschlägig als krebserzeugend in Prozessen gegen den Berliner Verleger Andreas Röhler betätigt (<http://www.sleipnir.netfirms.com>).

Im folgenden setzte Horst Mahler die Verlesung seiner Einlassung fort, die unter dem Titel "

<http://www.aufstand-fuer-die-wahrheit.net/mh.pdf>

Die verbotene Wahrheit. Betrachtungen zu einer Vergangenheit, die nicht vergehen will / Fragen zu einer Offenkundigkeit, die weder offen noch kundig ist" im Netz unter

<http://www.aufstand-fuer-die-wahrheit.net/mh.pdf>

nachzulesen ist. In diesem Abschnitt ging es vor allem um die Beurteilung der Glaubwürdigkeit von Zeugenaussagen bezüglich des Holocausts. Dabei wurden insbesondere Pastor Niemöller und Elie Wiesel unter eine scharfe kritische Lupe genommen. Insbesondere zitierte Mahler Wiesel mit der Aussage, bei den Vorgängen in Auschwitz zu Kriegszeiten handele es sich um ein "religiöses Mysterium". Ergänzt können die Ausführungen Mahlers zu Elie Wiesel durch einen Hinweis auf eine Besonderheit der deutschen Übersetzung des Wiesel'schen Buches "Die Nacht zu begraben, Elischa" werden. Wie Robert Faurisson mitteilte, hat der Star-Übersetzer Meyer-Classon das französische Wort "crématoire", das Krematorium bedeutet, im Deutschen stets als "Gaskammer" wiedergegeben: eine ziemlich "freie" Übersetzung. Elie Wiesel, der oberste der obersten Kronzeugen und höchste, höchstdekorierteste und teuerste Priester der Hohepriester (Mahler nennt das Honorar für Wiesel-Zeremonien), spricht tatsächlich, worauf Horst Mahler hinwies, an keiner Stelle seines Buches, das von seinem Lageraufenthalt in Auschwitz erzählt, von Gaskammern. Demgegenüber ist in seinem Buch davon die Rede, daß sich der junge Elie und sein Vater in dem Moment, wo die Sowjets kurz davor standen, das Lager einzunehmen, dafür entschieden haben, mit der SS (schon wieder Gehilfen des jüdischen Gottes?) nach Westen zu ziehen. Dazu werde Elie Wiesel noch zu befragen sein müssen, so Horst Mahler.

Dann kam es zu einer unvermittelten Unterbrechung der Einlassung durch Staatsanwalt Krüger. Dieser war nicht im Besitz des Mahler'schen Vortrages auf Papier, wußte auch nicht, daß dieser im Internet nachzulesen ist. Er mußte davon ausgehen und hatte die Befürchtung, daß eine von ihm als kriminell eingeschätzte Aussage Horst Mahlers bezüglich des KZs Dachau nicht protokolliert wird. Horst Mahlers Aussage, auf deren Protokollierung Staatsanwalt Krüger so großen Wert legte, lautete, daß es in Dachau keine Vergasungen gegeben habe — was von keinem Historiker bestritten wird — und daß der staatlich geschätzten Geschichtsschreibung zufolge mehr Menschen in Dachau umgekommen sind als eingeliefert worden waren. In dem Durcheinander, das nach dem abrupten Impromptu durch Hobbyhistoriker Krüger entstanden war, und vielleicht auch aufgrund der undeutlichen Ausdrucksweise des Staatsanwaltes, ließ Richter Faust jedoch eine ganz andere Stelle protokollieren, nämlich die folgende außertextliche und improvisierte Aussage Horst Mahlers: "Pastor Niemöller ist ein approbierter Lügner im Gewand der Heiligkeit." Wieder ein direkter Angriff auf die religiöse Grundlage der OMF-BRD! Richter Faust, dem der Vortrag Mahlers vorlag, war sich seinerseits sicher, daß Staatsanwalt Krüger nur diese außerhalb des schriftlich fixierten Vortrages getane

Äußerung Mahlers meinen könne. Rechtsanwalt Rieger, der Verteidiger des abwesenden Reinhold Oberlercher, beantragte, die Äußerung Horst Mahlers nicht zu Protokoll zu nehmen, weil sie hinsichtlich eines möglichen Straftatbestandes irrelevant sei, wurde allerdings vom Verteidiger Horst Mahlers, Rechtsanwalt Roeder, widersprochen; auch Horst Mahler schloß sich der Forderung Staatsanwalt Krügers an, der "mit traumwandlerischer Sicherheit den richtigen Satz herausgegriffen habe", wenn dieser ursprünglich auch einen ganz anderen Satz gemeint hatte... Traumwandlerisch jedoch ist Richter Faust, von diesem Satz schwer be- und getroffen, ins rote Tuch gerannt: Einem OMF-Heiligen ist frecherweise am Sockel gewackelt worden.

Diese Szene konnte aus dem Zuschauerraum nicht richtig verfolgt werden, da insbesondere Staatsanwalt Krüger notorisch undeutlich, zu leise und nie ins Mikrofon spricht. Diese seine völlig unverständliche Sprechweise ist bereits am ersten Tag aus dem Publikum heraus gerügt worden, geändert hat sich jedoch bislang nichts. Auch aus diesem Grund muß gesagt, werden, daß das Verfahren kein öffentliches ist. Richter Faust spricht, wenn er sich nicht gerade zum hitzigen Prediger aufschwingt, ostentativ gelassen und betont nonchalant und wies am ersten Verhandlungstag nach Beschwerden aus dem Volk lapidar darauf hin, daß die Mikrofonanlage ja in Betrieb sei. Die Protokollierungs-Szene ist nach Verhandlung vom Verteidiger Uwe Meenens, Wolfram Nahrath, berichtet worden.

Pünktlich um 13.30 unterbrach Richter Faust die Verhandlung und gab das Datum der Fortsetzung bekannt: 8. März 2004, 10.00 Uhr. Der übernächste Termin lautet: 12. März 2004, 13.00 bis 15.00 Uhr.

Es sei auch auf einen weiteren, einen Berufungsprozeß hingewiesen, der am 1. März, 14.00 Uhr, am Landgericht Hamburg, Kleine Strafkammer 6, Kapstadtring 1, 22297 Hamburg, 10. Stock, Sitzungsraum 1012, stattfinden wird. Entschieden wird über die o.g., von Richter Dr. Steinmann verhängte Strafe gegen Reinhold Oberlercher und Herr Xy. Verteidiger der beiden wird Horst Mahler sein.

<<http://www.nationalanarchismus.org>>

in Zusammenarbeit mit D e r R ü c k w ä r t s
Organ des Antideutschen Kollegs

<<http://www.antideutsch.de>>

FOLGE

5. Verhandlungstag im Prozeß gegen Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen wegen Volksverhetzung

Erlebnisbericht von **Klaus Kaping**
geschrieben am Donnerstag, 11. März 2004, 21:10 Uhr

Lieber Leser, dieser Bericht soll sich weniger mit den juristischen Fragen dieses Prozesses beschäftigen. Vielmehr soll ein Überblick verschafft werden, wie ein juristisch nicht vorgebildeter, aber mit dem politischen Hintergrund dieses Prozesses vertrauter Beobachter der Ereignisse diese wahrnimmt und beurteilt.

Der Tag begann nach altbewährtem Muster. Die Zuhörer werden nach hochnotpeinlicher Durchsuchung bis zum Verhandlungsbeginn in einem verschmutzten Treppenhaus "geparkt", in dem es keine Toilette gibt und auch keine Sitzgelegenheiten oder sonstige, in jedem Warteraum üblichen, Einrichtungen vorhanden sind.

Offensichtlich will man die jedesmal zahlreich Einlaß begehrenden Zuhörer mit solchen Mätzchen und Schikanen davon abhalten, auch künftig an den Verhandlungen teilzunehmen. Damit werden die Systemdiener aber keinen Erfolg haben, ganz im Gegenteil, die gemeinsam ertragenen Unbilligkeiten der Warteprozeduren erhöht das Gemeinschaftsgefühl und tragen zu einer geradezu fröhlichen Stimmung in diesem Treppenhaus bei.

Doch nun zum Prozeßgeschehen: Die Angeklagten Dr. Oberlercher und Uwe Meenen waren an diesem Tag vom Gericht freigestellt worden und brauchten nicht an der Verhandlung teilnehmen, weil Horst Mahler immer noch zu dem Anklagepunkt eine persönliche Erklärung abgeben wollte, die nur ihn persönlich betrifft, nämlich seine Aussage, daß der Haß auf die Juden eine ganz normale, ja von der geistigen Gesundheit eines Volkes zeugende Reaktion sei. Doch es kam zunächst wieder einmal anders.

Der Staatsanwalt Krüger verfolgt ganz offensichtlich seit Beginn des Prozesses die Strategie, die Angeklagten dadurch von persönlicher Erklärung und somit einer schlagfähigen Verteidigung abzuschrecken, indem er jeweils aus dem Zusammenhang herausgerissene, im System jedoch mit Tabu belegte Begriffe, aus den Erklärungen herauspicks und sie zu neuen Anklagen zusammenbastelt, die er dann sinnigerweise den einzelnen Angeklagten kurz vor dem nächsten Termin noch vor Betreten des Gerichtssaals zu übergeben pflegt.

Diese Vorgehensweise hat bisher jedoch noch zu keinem Erfolg geführt, so daß dem guten Mann in Diensten der OMF-BRD langsam zu dämmern scheint, daß er es diesmal nicht mit Leuten zu tun hat, die versuchen ihren Hals aus der von ihm um den Hals gelegten Schlinge zu ziehen, die nicht versuchen sich mit irgendwelchen juristischen Tricks zu verteidigen, sondern daß ihm hier wohl erstmals in seiner Laufbahn "Angeklagte" gegenüberstehen, die durchaus in der Lage sind ihm selbst das Fürchten zu lehren, daß er Deutschen gegenübersteht, die entschlossen sind, das Gericht als Bühne, als Forum zu benutzen, um dem Deutschen Volk und der Welt die Verlogenheit, die abgrundtiefe Verkommenheit dieses Systems und seiner Helfershelfer vor Augen zu führen.

Aus den Angeklagten werden langsam aber sicher die Ankläger und für alle, auch für den Staatsanwalt Krüger wird erkenntlich, die Ankläger und das Gericht sitzen stellvertretend für das System OMF-BRD auf der Anklagebank.

Dies erkennend, hat Staatsanwalt Krüger nun zu einem neuen Schlag, und wie er wohl hofft, wirksameren Schlag, gegen Horst Mahler ausgeholt:

Er hat beantragt, daß Horst Mahler sofort die Ausübung als Rechtsanwalt untersagt werde, weil er die "freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes" in strafbarer Weise bekämpfe. Man kann es auch anders ausdrücken: dieses Vorbild von einem Staatsbeamten will schon vor einer evtl. Verurteilung die Lebensgrundlage eines Angeklagten durch Berufsverbot vernichten. So ganz nach der Devise: Sicher ist sicher!

Aber wie schon unser großer Dichtervater Goethe seinen Mephisto sagen läßt, daß er die Kraft sei die das Böse will, aber immer nur das Gute schafft, hat der gute Herr Krüger in seinem Eifer und vielleicht auch in seiner Bösartigkeit, für sein Vorhaben einen Weg gewählt, der sich nun wohl als Bumerang erweisen könnte.

Er hat sich für die Durchsetzung seines absurden Antrages den Richter Buckow ausgesucht, von dem er weiß, daß er schon einmal mit Horst Mahler auf unruhliche Weise zusammengeraten ist, und daß da wohl von Seiten des Herrn Buckow noch eine Rechnung offen ist. Diese offene Rechnung resultiert daraus, daß Horst Mahler als Verteidiger in einem anderen Prozeß den damals noch als Staatsanwalt fungierenden Herrn Buckow beleidigt hat, was dann auch höchststrichterlich in Form einer Verurteilung von Horst Mahler festgestellt wurde.

Leider hat Herr Krüger aber nicht bedacht, daß bei der besagten Affäre wohl noch andere, diesmal für den Richter nicht so ganz angenehme Einzelheiten mitgespielt haben.

Dazu muß man wissen, daß der nun laufende Prozeß gegen Dr. R. Oberlercher, Horst Mahler und Uwe Meenen, beim Generalbundesanwalt von der jüdischen Gemeinde Berlin angemahnt worden ist. Der jetzige Vorsitzende der jüdischen Gemeinde von Berlin ist jedoch als Anwalt in dem besagten Verfahren vom damaligen Staatsanwalt Buckow in strafbarer Weise begünstigt worden, indem er einen Klientenverrat des damaligen Verteidigers und jetzigen Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Berlin nicht anzeigte, sondern in schamloser Weise für seine eigenen Zwecke zum Nachteil des damaligen Angeklagten ausnutzte.

Horst Mahler nutzte nunmehr die Gelegenheit, diese Einzelheiten vor der Strafkammer offenzulegen, um vor aller Welt dem Herrn Krüger aufzuzeigen, daß alle seine Einschüchterungsversuche nichts fruchten, denn es handelt sich hier nicht um einen normalen Feld-Wald- und Wiesenprozeß, in dem schuld bewußte Angeklagte bereit sind, für einen guten Ausgang der Angelegenheit ihre eigene Großmutter zu verraten, sondern bei dieser Auseinandersetzung geht um eine nicht unbedeutende Kampfhandlung im Aufstand für die Wahrheit, die von entschlossenen und willensstarken Reichsbürgern geführt wird.

Und so benutzte Horst Mahler diese Gelegenheit, dem Gericht die Machenschaften des Herrn Staatsanwaltes eindrucksvoll vor Augen zu führen. Der Inhalt dieser, ebenso wie alle anderen bisher vor Gericht vorgetragenen Erklärungen, kann im Weltnetz unter

<http://www.deutsches-kolleg.org/hm/> nachgelesen werden.

Nach einer einstündigen Mittagspause, die die Zuhörer wieder in dem staubigen Treppenhaus ohne sanitäre Einrichtungen zubringen mußten, wurde die Verhandlung fortgesetzt. Horst Mahler nutzte nun die Gelegenheit, daß Gericht darauf hinzuweisen, daß er durch die Verlesung der verschiedenen Schriftsätze allen Beteiligten die Möglichkeit eröffnen wolle, ihre wirkliche Motivation, den wahren Hintergrund für seine von der

Staatsanwaltschaft als kriminell bezeichneten Handlungsweise bezüglich der Anklagepunkte erkennen zu können.

Er brachte dabei zum Ausdruck, daß es keineswegs seine Absicht sei, Ablehnung und Haß zu erzeugen, sondern im Gegenteil, seine Absicht sei es, durch die schonungslose Offenlegung aller Lügen der letzten hundert Jahre und durch die Offenlegung der Wahrheit, eine Grundlage für die Aussöhnung unter den Völkern zu schaffen.

Ganz besonders die Enthüllungen in der vorgetragenen Schrift "Die verbotene Wahrheit" boten dazu eine besonders gute Grundlage. Da in dieser Schrift auch die völlig absurde Beweislage in Bezug auf Auschwitz im Allgemeinen und im Auschwitzprozeß Anfang der 60er Jahre im Besonderen zum Ausdruck gebracht wird, ergriff Horst Mahler die Gelegenheit beim Schopf. In einer wortgewaltigen Einlassung drohte er dem Gericht, daß, sollte der Herr Krüger wirklich eine erneute Anklage wegen Leugnung des Holocaust auf den Weg bringen, es dann endlich zu einem Auschwitzprozeß kommen würde, der angesichts der inzwischen eingetretenen Entwicklung (Fritjof Meyer etc.) diesen Namen wirklich verdient. Er führte aus, daß weltweit eine große Schar von Auschwitzforschern (Historikern, Naturwissenschaftler, Kriminologen, usw.) bereitstehen, dann in diesen Prozeß ihre Erkenntnisse einzubringen, die sich in minutiöser Forschungsarbeit erst nach den bekannten Schauprozessen (Nürnberg und Frankfurt) ergeben haben. Auch sei ein neuer Geist geworden, so führte Horst Mahler weiter aus, denn **Robert Faurisson** habe bei seiner Verabschiedung nach einem kürzlich abgestatteten Besuch in Vichy/Frankreich ausgerufen: "Auf ins Gefängnis"! Damit bekundete Robert Faurisson seine Bereitschaft in dem kommenden Auschwitzprozeß Zeugnis für die Wahrheit abzulegen, auch wenn er von den Vasallen der Siegermacht dafür ins Gefängnis geworfen werde.

Das Gericht, allen voran der Staatsanwalt, waren völlig überrascht und sichtlich betroffen. Richter Faust konnte sich nur noch dazu aufrufen, die nächsten Termine bekanntzugeben und die Verhandlung zu schließen.

Ein ereignisreicher und vor allem wie es scheint richtungsweisender Tag war vorüber. Richtungsweisend in der Hinsicht, als die Absicht von Horst Mahler deutlich wurde, unter wesentlich veränderten Umständen den umstrittenen Auschwitzprozeß noch einmal aufzurollen zu wollen. Endlich könnten – wenn der Staatsanwalt Krüger die erforderliche Hilfestellung durch Anklageerhebung wegen Holocaustleugnung leistet -die Widersprüche und Beweisfälschungen aufgedeckt werden, die Anfang der 60er Jahre zum "Auschwitzurteil" geführt haben, Dadurch könne der Wahrheit zum Siege zu verholfen werden

Wir können also auf einen weiterhin interessanten, vor allem aber für Deutschland und die Deutschen die noch Deutsche sein wollen, günstigen Verlauf hoffen.

Klaus Kaping

Prozessbericht vom 6. Verhandlungstag Aktuell gegen Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen

Die Zuhörer wurden mit den üblichen hochnotpeinlichen Durchsuchungen behelligt und auch sonst gab es keine Erleichterungen für die Wartenden.

Richter Faust betrachtet das Interesse der Zuschauer an diesem Verfahren offenbar als einen strafrechtlichen Anfangsverdacht für eine Sympathie mit den Beklagten und will seine juristische Autorität auf diese Weise deutlich machen, denn ansonsten gibt es keine Anzeichen dafür, dass er noch "Herr des Verfahrens" ist. Auch Staatsanwalt Krüger kann die Fülle von Fakten nicht abwehren und kommt zunehmend in die Rolle des Angeklagten, dem man wegen seiner mangelhaften Bildung gerne mildernde Umstände zubilligen möchte.

Schon jetzt kann die Anklage als "zusammengebrochen" gelten und deshalb fragt man sich, ob es in der Darlegung der Beweisangebote noch eine Steigerung geben kann. Horst Mahler hat in seinem Beweisangebot mit überwältigenden Details den historischen Kontext zum Holocaust analysiert und die Unsinnigkeit des Strafverfahrens belegt, so dass in den kommenden beiden Terminen noch weitere wichtige Fakten zu erwarten sind, denn Mahler ist immer für eine besondere Überraschung gut ...

Interessant und künftig im Mittelpunkt des Prozesses sollten daher nicht nur die Beklagten und das Gericht nebst Staatsanwalt stehen, sondern auch die Medien bzw. Journalisten, die sich einen solchen Prozess nicht leisten können, weil jeder Bericht darüber, zum Verlust ihres Jobs führen kann ...

Es wird nunmehr höchste Zeit, dass sich seine Freunde im MOM-KOMITEE treffen, um dem Bürger deutlich zu machen, dass die Medien selbst als Mittäter auf die Anklagebank gehören, weil sie ein Teil dieses kriminellen OMF-Systems sind.

Am Ende der kommenden Verhandlung, am 19. März 2004 ca. 16 Uhr sollten sich alle Interessenten treffen und die Möglichkeiten einer qualifizierten Öffentlichkeitsarbeit erörtern.
Wir sollten Herrn Mahler bitten, bei diesem Treffen mitzuwirken

Bernhard Heldt

<<http://www.deutschenationalversammlung.de/>>

DROHUNGEN

Mehr Demokratie! Horst Mahler von Berufsverbot und Existenzvernichtung bedroht

Der Staatsanwalt im Prozeß gegen Mahler, Oberlercher und Meenen (MOM), Krüger, droht jetzt, wo er argumentativ nicht weiter kommt, Horst Mahler mit "mehr Demokratie", und zwar im Sinne des Berufsverbots-Champions Willi Brand. Er will Mahlers Existenzgrundlage, nämlich die Ausübung seines Berufes als Rechtsanwalt, vernichten. Am 24.02.04 ist Horst Mahler vom Amtsrichter Herrn Buckow mitgeteilt worden, daß Staatsanwalt Krüger bei ihm ein "vorläufiges Berufsverbot als Rechtsanwalt gemäß § 132 a StPO" beantragt habe. Die Frist für eine Stellungnahme läuft übermorgen, d.h. am 5. März 2004 aus. Dann schon könnte Horst Mahler das Berufsverbot treffen, denn Richter Buckow hat ö und darauf spekuliert Staatsanwalt Krüger — mit Horst Mahler aus einem früheren Verfahren "noch eine Rechnung offen".

Das könnte sich aber als Bumerang für die Berliner Justiz herausstellen: Horst Mahler bleibt entspannt und kündigt an, Richter Buckow "ein paar für ihn — und nicht nur für ihn — höchst unangenehme Fragen" zu stellen, die sich aus besagtem früheren Verfahren ergeben. Dem ganzen "Moabiter Sumpf" droht eine empfindliche Sauerstoffzufuhr. "Da tickt eine Zeitbombe, die, wenn sie jetzt hochgeht, in Berlin einigen Wirbel auslösen könnte", so Mahler. Involviert in damalige Sumpfmachenschaften sei auch ein von Richter Buckow damals "verschonter Anwaltskollege", der "inzwischen ein hohes gesellschaftliches Amt erlangt" habe.

Protestieren Sie gegen die Horst Mahler drohende Existenzvernichtung. Schreiben Sie an:

- Generalstaatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin: Turmstraße 91, D-10559 Berlin, Fax +49 (0)30 / 90 14 20 10,
- Rechtsanwaltskammer Berlin, Littenstraße 9, D-10179 Berlin, Fax +49 (0)30 / 30 69 31 99, <<mailto:info@rak-berlin.de>>info@rak-berlin.de,
- Senatorin für Justiz Frau Karin Schubert, Salzburger Straße 21-25, D-10825 Berlin, +49 (0)30 / 9013 20 00, E-Post: poststelle@senjust.verwalt-berlin.de

Unterzeichnen Sie den Appell des internationalen Komitees "Freiheit für Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen!"
<<mailto:peter-toepfer@web.de>>

SPANIEN

Amiknecht Aznar hat die 200 Toten auf dem Gewissen

Ein gutes Beispiel dafür, wie uns die Herrschenden zu verdummen versuchen und uns für dämlich halten, war der Terror am 11. März 2004 in Madrid. Da hieß es seitens der spanischen Regierung unmittelbar nach den Explosionen, daß für die Regierung die Täter fest stünden: die ETA. Wie will die Aznar-Regierung zu so einer festen Überzeugung gekommen sein? Woher wußte sie das? Wenn sie besondere Informationen hatte, würde das doch, logisch betrachtet, nur bedeuten, daß die ETA und sie in irgendeiner Verbindung stehen.

Die spanische Regierung wird aber keine besonderen Informationen gehabt haben (außer möglicherweise irgendwelche geheimdienstlichen Hinweise auf irgendwelche Aktivitäten). Die Art des Sprengstoffes sagt noch überhaupt nichts darüber aus, wer den Anschlag begangen hat; und noch am Abend des 11. März hieß es, es seien Spuren eines anderen als von der ETA verwendeten Sprengstoffes gefunden worden. Aber ganz egal, was gefunden wird: Phänomenal und von Bedeutung allein ist doch die Dreistigkeit, mit der die Regierung irgend etwas behauptet und offenbar davon ausgeht, daß die Leute es glauben, sonst würde sie es ja nicht sagen. Es kann der größte Unsinn sein ö es wird behauptet und von den Medien wiedergekaut. Die Nachrichtenkonsumenten werden tatsächlich für völlig bescheuert gehalten (was sie sicherlich auch sind).

Der Grund für die stümperhafte, gleichwohl sicherlich erfolgreiche Desinformation wird in folgendem liegen. Wir wissen nichts über die Attentäter, aber vermutet kann werden, daß es Islamisten waren. Diese könnten jetzt einem Land nach dem anderen, das sich den Amerikanern im "Krieg gegen den Terror" an die Seite gestellt hat, "einen Besuch abstatten": Angefangen wurde in Spanien, demnächst könnten Bomben in der Londoner Victoria Station, in den Hauptbahnhöfen von Warschau, Rom oder Melbourne hochgehen. In einer Woche finden in Spanien Parlamentswahlen statt. Die überwältigende Mehrheit der Spanier ö wie auch der Engländer, der Italiener und der Australier ö war gegen den Irakkrieg und gegen die Allianz mit den USA (hat sich aber ö Demokratie! ö nicht durchgesetzt). Daß terroristische Islamisten auch die Alliierten der Terror-Amerikaner heimsuchen werden, war klar. Auch Aznar hat das gewußt, er ist ganz bewußt dieses Risiko eingegangen und hat die 200 toten Madrilenen auf dem Gewissen. Er kann jetzt gar nicht mehr anders als den Verdacht (die Gewißheit!) auf die ETA zu lenken, und zwar rückblickend und vorausschauend auf die Wahlen nächste Woche.

Wenn die Engländer, die Polen und das andere Kanonenfutter der Amis nicht sofort auf Distanz zu den Amis gehen und sich bei den Irakern und den Afghanen entschuldigen und Wiedergutmachung leisten, werden auch viele von ihnen dran glauben müssen. Sie werden dann selbst dran schuld sein. Es wird ihnen nichts nützen, auf Blair, Kwasniewski oder zu zeigen ö nach dem Motto "Ich bin's nicht, Berlusconi ist's gewesen!" Die Regierenden sind gewissenlos. Auch die Deutschen werden auf die Barrikaden gehen müssen, wenn Papa Schröder so weiter macht und sich wieder mit Bush einläßt. Sonst knallt,s ganz furchtbar auch im Bahnhof Zoo oder auf dem Flughafen in Hamburg.

Peter Töpfer, 12.3.04

DOKUMENT

Auschwitz oder das grosse Alibi

Der 40. Jahrestag der "Reichskristallnacht" lieferte in diesen Tagen den Antifaschisten der Rechten, Mitte und Linken erneut die Gelegenheit unter Beweis zu stellen, dass der Rassenhass — und hauptsächlich der Antisemitismus — ihnen als grosses Alibi dient (1). Unter solchem Banner reiten sie am liebsten ins Feld, und es ist zugleich ihre letzte Zuflucht in der Diskussion. Wer kann dem Argument der Vernichtungslager und der Gaskammer widerstehen? Wer verstummt nicht vor den sechs Millionen ermordeten Juden? Wem schaudert es nicht vor dem Sadismus der Nazis? Und dennoch haben wir es hier mit einer der unverschämtesten Mystifikationen der Antifaschisten zu tun, die wir aufdecken müssen.

Die deutsche Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie, angefangen mit den Staats-, Parteien-, Gewerkschafts- und Kirchenspitzen durfte wieder auf zahlreichen Kundgebungen im Westen wie im Osten den Nazismus für den Tod von fünfzig Millionen Menschen im letzten Weltkrieg, darunter sechs Millionen Juden, verantwortlich machen. Diese Einstellung, die eine typisch bürgerliche ist, entspricht dem Spruch der angeblichen Kommunisten: die Faschisten sind schuld am Krieg gewesen. Da die bürgerlichen und reformistischen Ideologen sich weigern, den Ursprung der Erschütterungen und der Krisen, die periodisch die Welt verheeren, im kapitalistischen System selbst zu erkennen, versuchen sie alles immer durch das Böse im Menschen zu erklären. Wir sehen somit, dass die faschistischen und antifaschistischen Ideologen im Grunde dasselbe behaupten: die Gedanken, die Ideen, der Wille der Menschen und Gruppen bestimmen den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklungen. Gegen all diese Ideologien, die wir als bürgerlich bezeichnen, weil sie die

Verteidigung des Kapitalismus anstreben, sowie gegen alle vergangenen, heutigen und zukünftigen "Idealisten" hat der Marxismus bewiesen, dass es gerade umgekehrt ist: die materiellen Gesellschaftsverhältnisse sind es, die die Bildung der Ideologien bestimmen. Dies ist der Grundstein des Marxismus, und daraus ist zu ersehen, dass unsere angeblichen Marxisten auch dies aufgegeben haben, indem sie alles in die Ideenwelt verschieben: letzten Endes sind für sie der Kolonialismus, der Imperialismus und der Kapitalismus selbst nur Geisteszustände.

Damit führen sie alle Leiden der Menschheit auf Bösewichte zurück, die sie für Elend, Unterdrückung und Krieg schuldig erklären. Hingegen hat der Marxismus bewiesen, dass, weit entfernt davon durch böswillige Willkür erzeugt zu werden, das Elend, die Unterdrückung, der Krieg und die Zerstörung zum "normalen" Prozess des Kapitalismus gehören. Dies gilt natürlich auch für die Kriege des imperialistischen Zeitalters. Aber da gerade die Zerstörung zu unserem Thema gehört, müssen wir diese Frage ein bisschen näher untersuchen.

Sogar wenn die Bourgeois oder die Reformisten zugeben, dass den imperialistischen Kriegen Interessenkonflikte zugrunde liegen, sind sie noch weit davon entfernt, vom Kapitalismus etwas verstanden zu haben. Man sieht es an ihrer Unfähigkeit, die Bedeutung der Zerstörungen zu erfassen. Sie alle sind der Ansicht, dass der Sieg der Zweck des Krieges ist, und erblicken in den Vernichtungen von Menschen und Sachwerten im feindlichen Lager allein ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Dies geht so weit, dass gewisse Naive vorgeschlagen haben, ganz einfach den nächsten Krieg mit Schlafmitteln zu führen! Ganz im Gegenteil hierzu behaupten wir, dass gerade die Zerstörung der Hauptzweck des Krieges ist. Die imperialistischen Rivalitäten, die den unmittelbaren Anlass zum Kriege darstellen, sind selbst nur Folgen der immer weiter ansteigenden Überproduktion. Um dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken, wird der Kapitalismus gezwungen, immer mehr und schneller zu produzieren; aus dem Widerspruch zwischen dem Zwang, immer mehr zu produzieren, und der Unmöglichkeit, für die Produkte Absatz zu finden, entsteht die Krise. Der Krieg ist die kapitalistische Lösung der Krise: durch die massive Zerstörung von Anlagen, Produktionsmitteln und Produktivkräften kann die Produktion danach wieder hochschnellen; zugleich hilft die massive Menschenvernichtung der periodischen "Überbevölkerung" ab, die durch die Überproduktion bewirkt wird. Nur ein philisterhafter Träumer kann sich einbilden, dass die imperialistischen Konflikte ebensogut durch eine Kegelpartie oder an einem runden Tisch geregelt werden könnten und dass die kolossalen Zerstörungen und der Tod von Millionen Menschen nur der Verstocktheit der einen oder der Böswilligkeit und Habgier der anderen zuzuschreiben seien.

Schon im Jahre 1844 warf Marx den bürgerlichen Ökonomen vor, die Habgier als dem Menschen angeboren zu betrachten, anstatt sie zu erklären, und er zeigte, warum die Habgierigen habgierig sind. Übrigens hat auch schon im selben Jahr der Marxismus die Ursache der "Überbevölkerung" aufgedeckt: "Die Nachfrage nach Menschen regelt notwendig die Produktion der Menschen wie jeder anderen Ware" - schreibt Marx. "Ist die Zufuhr viel grösser als die Nachfrage, so sinkt ein Teil der Arbeiter in den Bettelstand oder den Hungertod herab" (2). Und Engels seinerseits: "Die Bevölkerung ist nur da zu gross, wo die Produktionskraft überhaupt zu gross ist"; die Überbevölkerung "hat uns gezeigt, wie, in letzter Instanz, das Privateigentum den Menschen zu einer Ware gemacht hat, deren Erzeugung und Vernichtung auch nur von der Nachfrage abhängt; wie das System der Konkurrenz dadurch Millionen von Menschen geschlachtet hat und täglich schlachtet" (3). Weit entfernt, den Marxismus zu widerlegen und dessen "Erneuerung" zu rechtfertigen, hat der letzte imperialistische Krieg bestätigt, dass unsere Analyse genau zutrifft.

Wir mussten an all dies erinnern, um uns mit der Frage der Judenvernichtung beschäftigen zu können. Denn diese Vernichtung hat nicht zu einer beliebigen Zeit stattgefunden, sondern mitten in der Krise und dem imperialistischen Krieg. Wir müssen sie also innerhalb dieses riesigen Vernichtungsunternehmens erklären. Somit wird die Frage in das richtige Licht gestellt. Wir haben nicht mehr den "verheerenden Nihilismus" der Nazis zu erklären, sondern warum sich diese Vernichtung teilweise auf die Juden konzentriert hat. Hier sind Nazis und Antifaschisten auch wieder einig: der Massenmord an den Juden wurde durch den Rassenhass, den Judenhass, eine freie und wilde "Leidenschaft" verursacht! Wir Marxisten wissen aber, dass es keine freie soziale Leidenschaft gibt und dass nichts so sehr bestimmt ist, wie gerade diese grossen kollektiven Hassausbrüche. Die Untersuchung des Antisemitismus der imperialistischen Zeit wird uns dies wieder bestätigen.

Wir sprechen absichtlich von dem Antisemitismus der imperialistischen Zeit, denn, obwohl die "Idealisten" aller Art, von den Nazis bis hin zu den Theoretikern des "Judentums", behaupten, dass der Judenhass immer und überall derselbe ist, wissen wir,

dass dem nicht so ist. Der Antisemitismus der heutigen Zeit ist von dem der Feudalzeit grundverschieden. Es ist uns nicht möglich, die Geschichte der Juden, die der Marxismus genau erklärt hat, hier wieder zu entwickeln. Wir wissen, warum in der feudalen Gesellschaft die Juden sich als solche erhalten haben; wir wissen, dass die starken Bourgeoisien (Amerika, England, Frankreich), die früh imstande waren, ihre politische Revolution siegreich durchzuführen, ihre Juden fast ganz assimiliert hatten und dass die Schwachen dies nicht konnten. Es ist nicht das Überleben der Juden als solche, das wir hier zu erklären haben, sondern der Antisemitismus des imperialistischen Zeitalters. Und dies ist nicht schwer, sobald wir nicht über das "Wesen" der Juden oder der Antisemiten nachgrübeln, sondern ihre Stellung in der Gesellschaft erforschen.

Engels schrieb 1890, dass der Antisemitismus "nichts anderes ist, als eine Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft, die wesentlich aus Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht" (4) Durch ihre Geschichte befinden sich die Juden heute hauptsächlich im Mittelstand. Diese Klasse ist aber durch den unaufhaltsamen Fortschritt der Kapitalkonzentration zum Tode verurteilt. Hier liegt auch die Quelle des neuen Antisemitismus. Im Deutschland der Zwischenkriegszeit spitzt sich diese Tendenz extrem zu. Wie ein Alpdruck lastet die Nachkriegskrise auf dem durch den 1. Weltkrieg und die revolutionären Ausbrüche der Jahre 1918-28 erschütterten und von den Angriffen des Proletariats noch immer bedrohten deutschen Kapitalismus. Während die siegreichen, stärkeren Bourgeoisien (USA, England, Frankreich) weniger betroffen wurden und die Umschaltung der Kriegswirtschaft auf Friedenswirtschaft relativ leicht überstanden, erlitt der deutsche Kapitalismus einen chaotischen wirtschaftlichen Einbruch. Und wie in allen Krisen, die durch die Ausschaltung eines Teils der kleinen und mittleren Unternehmen zu einer höheren Konzentration des Kapitals führen, war es nicht zuletzt der Mittelstand, der am meisten von der Krise bedroht wurde. Hier war die Lage so, dass die ruinierten, bankrotten und verschuldeten Kleinbürger gar nicht ins Proletariat hinabfallen konnten, das ja selbst schwer unter der Arbeitslosigkeit litt (7 Millionen Arbeitslose am Höhepunkt der Krise): sie fielen daher direkt in den Bettlerstand hinab und waren zum Hungertod verurteilt, sobald ihre Reserven aufgezehrt waren. Angesichts dieser schrecklichen Bedrohung, haben die Kleinbürger den Antisemitismus "entdeckt". Sie taten dies nicht so sehr, wie die Metaphysiker es behaupten, um sich ihr Unglück zu erklären, sondern um zu versuchen, sich davor zu schützen, indem sie die Bedrohung auf eine ihrer Gruppen konzentrierten.

Unter dem ungeheuren wirtschaftlichen Druck, angesichts der Vernichtungsgefahr, die das Leben aller seiner Mitglieder unsicher machte aber noch allgemein und diffus war, hat der Mittelstand einen seiner Teile in der Hoffnung geopfert, so das Leben der anderen zu retten und zu sichern. Der Antisemitismus rührt ebensowenig von einem "machiavellischen Plan" wie von einer "inneren Pervertiertheit" her. Er ist eine direkte Konsequenz des wirtschaftlichen Zwangs. Statt die erste Ursache der Ausrottung der Juden zu sein, ist der Judenhass nur der Ausdruck des Wunsches, die Vernichtung auf sie zu konzentrieren und zu beschränken.

Manchmal geschieht es, dass sogar die Arbeiter dem Rassismus verfallen, wenn sie massenhaft durch die Arbeitslosigkeit bedroht sind und versuchen, diese auf eine Teilgruppe, Italiener, Polen, Türken oder andere "Gastarbeiter", Araber, Neger usw. zu konzentrieren. Aber im Proletariat geschieht dies nur in Momenten schlimmster Demoralisierung und ist nicht von bleibender Dauer. Sobald das Proletariat den Kampf wiederaufnimmt, sieht es klar und konkret, wo sein Feind steckt. Das Proletariat ist eine einheitliche Klasse, die eine historische Perspektive und Mission hat.

Der Mittelstand dagegen ist eine aussichtslose und verurteilte Klasse. Damit ist er auch dazu verurteilt, nichts verstehen zu können, und ist unfähig zu kämpfen; in der Mühle, die ihn zermalmt, kann er nur blind um sich schlagen. Der Rassismus ist keine Geistesverwirrung, er ist die kleinbürgerliche Reaktion auf den Druck des Grosskapitals und wird sie auch weiter bleiben.

Die Auswahl der "Rasse", d.h. der Gruppe, auf die er die Vernichtung zu konzentrieren versucht, hängt natürlich von den Umständen ab. In Deutschland erfüllten die Juden die "notwendigen Bedingungen" und waren die einzigen, die sie erfüllten. Sie waren fast alle im Mittelstand und im Mittelstand die einzig genügend identifizierbare Gruppe. Auf sie konnte die Kleinbourgeoisie die Katastrophe ableiten. Es war ja notwendig, dass diese Identifizierung keine Schwierigkeiten bot. Man musste genau bestimmen können, wer zu vernichten und wer zu verschonen war. Daher die lächerlich erbärmliche Zählerei der getauften Grosseltern, die offen der Bluts- und Rassentheorie widerspricht und schon allein genügen könnte, um ihre Haltlosigkeit zu beweisen. Aber um Logik ging es da am allerwenigsten. Der Demokrat, der bloss die Widersinnigkeit und Niederträchtigkeit des Rassismus hervorhebt, geht hier - wie gewöhnlich - an der wirklichen Frage vorbei.

Vom Kapital bedrängt, haben also die deutschen Kleinbürger die Juden den Wölfen hingeworfen, um damit ihren Schlitten zu erleichtern und sich zu retten. Wie gesagt, geschah dies nicht bewusst; aber das war der Sinn ihres Judenhasses und ihrer Befriedigung, als sie die jüdischen Geschäfte schlossen und ausraubten. Das Grosskapital rieb sich, könnte man sagen, zufrieden die Hände: der Mittelstand war damit einverstanden, einen Teil seiner selbst zu liquidieren; noch besser, die Kleinbürger waren bereit, diese Liquidierung selbst durchzuführen. Aber diese "Personifizierung" des Kapitals ist nur ein schlechtes Bild: die kapitalistische Bourgeoisie weiss genau sowenig wie die Kleinbürger, was sie wirklich tut. Das Kapital unterliegt unmittelbar dem wirtschaftlichen Zwang und geht den Weg des geringsten Widerstandes.

Das Proletariat hat seinerseits in dieser Geschichte nicht direkt mitgespielt. Das deutsche Proletariat war geschlagen worden, und selbstverständlich konnte die Ausrottung der Juden erst nach seiner Niederlage erfolgen. Aber die sozialen Kräfte, die zu dieser Vernichtung drangen, existierten schon vor der Niederlage des Proletariats. Nach ihr konnten sie sich "verwirklichen", da nun der Kapitalismus freie Bahn hatte.

Mit der wirtschaftlichen Liquidierung der Juden hat es dann begonnen (5): Expropriation unter allen möglichen Formen, Ausschluss aus den freien Berufen, den Verwaltungen usw. Allmählich waren die Juden jeglicher Lebensgrundlage beraubt; sie lebten von den Reserven, die sie hatten retten können. Bis zum Kriegsausbruch besteht die Politik der Nazis den Juden gegenüber in zwei Worten: Juden raus! Alles wurde getan, um die Auswanderung der Juden zu fördern (sogar mit Hilfe der illegalen Einwanderung in Palästina!). Während aber die Nazis die Juden, mit denen sie nichts anzufangen wussten, loswerden wollten, während ihrerseits die Juden nichts anderes wünschten, als aus Deutschland herauszukommen, wollte man sie nirgends hereinlassen. Und dies erklärt sich so: niemand konnte sie hereinlassen, denn kein Land war imstande, mehrere Millionen von ruinierten Kleinbürgern aufzunehmen und ihnen Lebensmöglichkeiten zu bieten. Nur eine kleine Anzahl der Juden konnte auswandern. Die meisten mussten bleiben, gegen ihren Willen und gegen den Willen der Nazis. Sie schwebten sozusagen in der Luft.

Mit dem imperialistischen Krieg hat sich die Lage zugleich quantitativ und qualitativ zugespitzt. Quantitativ, da der deutsche Kapitalismus, zum Abbau des Mittelstandes genötigt, um in seinen Händen das europäische Kapital zu konzentrieren, die Liquidierung der Juden sogar auf ganz Mittel- und Osteuropa ausdehnte. Der Antisemitismus hatte sich bewährt und war im Schwung. Dies entsprach übrigens dem einheimischen Antisemitismus der mittel- und osteuropäischen Länder, obwohl dieser komplexer war (ein abscheulicher Mischmasch von feudalem und imperialistischem Antisemitismus, den wir hier nicht genauer untersuchen können). Zugleich hat sich auch die Lage qualitativ zugespitzt. Die Lebensbedingungen waren durch den Krieg viel schwieriger geworden; die Reserven der Juden schmolzen zusammen, und sie waren dem mehr oder weniger baldigen Hungertod geweiht.

Zu "normalen" Zeiten und wenn es sich um eine kleine Anzahl handelt, kann der Kapitalismus die Menschen, die er aus dem Produktionsprozess stösst, allein krepieren lassen. Aber mitten im Krieg und bei Millionen von Menschen ist dies nicht möglich: ein solches Chaos hätte alles gelähmt. Der Kapitalismus musste ihren Tod organisieren.

Allerdings hat er sie nicht sofort getötet. Zuerst hat er sie ausser Verkehr gebracht, er hat sie umgruppiert, konzentriert. Er hat sie zu schwerer Arbeit gezwungen und unterernährt, d. h. er hat sie zu Tode ausgebeutet. Es ist eine alte Methode des Kapitals, den Menschen durch die Arbeit zu morden. Schon im Jahre 1844 schrieb Marx: "Der industrielle Krieg" (im Text bedeutet Krieg industrieller Kampf, Konkurrenz. IKP), "um mit Erfolg geführt zu sein, erfordert zahlreiche Armeen, die er auf denselben Punkt aufhäufen und reichlich dezimieren kann" (6). Solange diese Leute noch lebten, mussten sie die Kosten ihres Lebens einbringen und zugleich auch die Kosten ihres Todes. Sie mussten Mehrwert erzeugen, solange sie dazu fähig waren. Denn selbst den Mord der von ihm verurteilten Menschen kann der Kapitalismus nur dann vollstrecken, wenn er Profit einbringt. So geht es auch im Krieg im allgemeinen.

Jedoch ist der Mensch zäh. Zu reinen Skeletten geworden, krepieren diese noch nicht schnell genug. Man musste sie abschlachten: jene, die nicht mehr arbeiten konnten, und dann jene, die man nicht mehr brauchte, weil ihre Arbeitskraft durch den ungünstigen Verlauf des Krieges keine Anwendung mehr fand.

Der deutsche Kapitalismus hat sich allerdings nur ungern zum einfachen Mord entschlossen. Nicht etwa aus moralischen Bedenken, sondern weil er nichts einbrachte. So entstand der Auftrag an Joel Brand (7), den wir hier erwähnen, weil er die Verantwortung des Weltkapitalismus klar offenbart. Joel Brand war einer der Leiter der Untergrundorganisation ungarischer Juden. Durch versteckte Unterkunft, illegale

Auswanderung, Bestechung von SS-Leuten und alle möglichen Mittel versuchte diese Organisation, Juden zu retten. Das SS-Judenkommando duldete derartige Organisationen aufgrund von Bestechungen und auch, weil es nach Möglichkeit versuchte, sie als Helfershelfer für Sammel- und Auswahloperationen unter den Juden zu verwenden.

Im April 1944 wurde Brand aufs SS-Judenkommando von Budapest vorgeladen: Eichmann, der Leiter der Judenabteilung der SS, wollte ihn sprechen. Und Eichmann, mit Himmlers Zustimmung, beauftragte ihn, mit den Westmächten über den Verkauf von einer Million Juden in Verhandlung zu treten. Die SS verlangte dafür 10.000 Lastwagen, war aber zu jeder Schacherei, sowohl über Art wie über Menge der Tauschware, bereit. Um den Ernst ihres Angebots hervorzuheben, schlug sie die sofortige Lieferung von 100.000 Juden gleich nach der Zustimmung vor. Es war ein ernstes Geschäft.

Das Angebot war da, es gab aber leider keine Nachfrage: nicht nur die Juden, sondern die SS selbst war der "humanitären" Propaganda der Alliierten auf den Leim gegangen! Denn die Alliierten wollten die Million Juden nicht, weder für 10.000 Lastwagen, noch für 5.000, nicht einmal umsonst.

Auf die Einzelheiten von Brands Misserfolgen können wir hier nicht eingehen. Er fuhr über die Türkei in den Nahen Osten, ging von einem englischen Gefängnis ins andere. Die Alliierten wollten die Sache nicht ernst nehmen und machten alles, um Brand in Verruf zu bringen und ihm das Wort abzuschneiden. Schliesslich traf Brand in Kairo den britischen Staatsminister für den Nahen Osten, Lord Moyne. Er flehte ihn an, ihm wenigstens ein schriftliches Einvernehmen zu übergeben, selbst mit der Absicht, es nicht einzuhalten: das würde doch 100.000 Menschenleben retten!

"Und wieviel sollen es insgesamt sein?"

"Eichmann sprach von einer Million."

"Wie stellen Sie sich das bloss vor, Mister Brand ? Was soll ich mit dieser Million Juden tun ? Wohin soll ich sie bringen ? Wer wird die Leute nehmen ?" (...)

"Wenn der Planet keinen Platz für uns hat..." - sagte Brand verzweifelt -, "dann bleibt unseren Leuten nichts anderes übrig, als ins Gas zu gehen".

Die SS hat das nicht gleich verstanden, so sehr glaubte sie an den "Idealismus" des Westens! Nach Brands Misserfolg und mitten im Massenmord hat sie noch versucht, dem Joint (Joint American Jews Comitee) Juden zu verkaufen, indem sie sogar einen "Vorschuss" von 1.700 Juden in der Schweiz ablieferte. Aber ausser ihr hatte niemand es eilig, dieses Geschäft abzuschliessen.

Joel Brand selbst hatte begriffen, oder fast. Er sah, wie die Dinge standen, aber nicht warum. Es war nicht der Planet, der keinen Platz mehr hatte, sondern die kapitalistische Gesellschaft.

Und es gab keinen Platz für die Juden, nicht weil sie Juden , sondern weil sie aus dem Produktionsprozess ausgestossen, für die Produktion unnütz waren.

Lord Moyne wurde von zwei jüdischen Terroristen getötet, und Brand erfuhr später, dass er oft Mitleid für das tragische Schicksal der Juden gezeigt hatte: "Die Politik, die er führen musste, (war) ihm von einer seelenlosen Administration in London diktiert worden", sagte Brand. Aber Brand hat nicht verstanden, dass diese Administration nur die des Kapitals ist und dass eben das Kapital das Unmenschliche ist. Das Kapital wusste mit diesen Leuten nichts anzufangen. Selbst mit den wenigen Überlebenden, jenen "Displaced Persons", für die man keinen neuen Platz fand, wusste es nichts anzufangen.

Den überlebenden Juden ist es schliesslich gelungen, sich einen Platz zu schaffen. Mit Gewalt und dank der internationalen Konjunktur wurde der Staat Israel gegründet. Sogar das erforderte aber, dass andere Bevölkerungen "deplaciert" wurden: seitdem fristen Hunderttausende von Palästinensern ihr für das Kapital hinderliches Dasein in den Flüchtlingslagern.

Wir haben gesehen, wie der Kapitalismus Millionen von Menschen zu Tode verurteilte, indem er sie aus dem Produktionsprozess ausstiess. Wir haben gesehen, wie er sie umgebracht und ihnen dabei allen nur möglichen Mehrwert abgepresst hat. Wir müssen jetzt noch sehen, wie er sie sogar nach ihrem Tode weiter ausnutzt, wie er sogar ihren Tod selbst ausnutzt.

Zuerst haben die Imperialisten des alliierten Lagers sie benutzt, um ihren Krieg zu rechtfertigen und nach ihrem Sieg die gemeine Behandlung des Besiegten. Man hat sich auf die Lager und die Leichen gestürzt! Überall hat man die Greuelbilder herumgezeigt und gerufen: "Seht ihr, was für Schufte die Nazis waren! Wie Recht wir hatten, sie zu bekämpfen! Und wie Recht haben wir jetzt, ihnen das Leben sauer zu machen!"

Man denke an die unzähligen Verbrechen des Imperialismus; man denke z.B. daran, dass gerade am 8. Mai 1945, als in Frankreich Thorez, der ehemalige KPF-Führer, den

Sieg über den Faschismus auskrähte, 145.000 Algerier, die die Avantgarde der antikolonialen Bewegung gegen den Imperialismus darstellten, unter dem Vorwand, faschistische Provokateure zu sein, niedergemetzelt wurden; man denke an die Verantwortung des Weltkapitalismus für alle diese Massaker - da packt einen der Ekel vor dem gemeinen Zynismus und der heuchlerischen Selbstzufriedenheit des siegreichen imperialistischen Blocks!

Gleichzeitig haben sich alle braven antifaschistischen Demokraten auf die Leichen der Juden gestürzt. Und sie schwenken diese Bilder vor den Augen des Proletariats. Selbstverständlich tun sie es nicht, um die Abscheulichkeit des Kapitalismus zu zeigen! Im Gegenteil, sie versuchen zu zeigen, wie schön die wahre Demokratie und der wahre Fortschritt des anderen Lagers ist, wie wohl es sich lebt in der renovierten kapitalistischen Gesellschaft! Vor dem Greuel des kapitalistischen Todes soll das Proletariat die Greuel des kapitalistischen Lebens vergessen und dass beide unzertrennlich miteinander verbunden sind. Vor den Experimenten der SS-Ärzte soll vergessen werden, dass der Kapitalismus im grossen Massstab mit Alkohol, mit krebserregenden Produkten, mit den Strahlungen der "demokratischen" Atombomben usw. experimentiert. Man zeigt die Lampenschirme aus Menschenhaut, damit vergessen wird, dass der Kapitalismus aus dem lebendigen Menschen, seiner Arbeitskraft, einen Lampenschirm macht. Vor den Bergen von Haaren, Goldzähnen, vor dem zur Ware gewordenen Körper des toten Menschen soll man vergessen, dass der Kapitalismus das Leben der Menschen selbst, die Arbeit, zur Ware gemacht hat. Hier ist die Quelle allen Unglücks. Dies hinter den Leichen der Opfer des Kapitals verstecken zu wollen, diese Leichen zum Schutz des Kapitals zu verwenden, das ist wirklich die abscheulichste Art, sie bis zu Ende auszunutzen.

Notes:

1. Der Artikel erschien ursprünglich 1960 in "Programme Communiste", unserem theoretischen Organ in französischer Sprache. Unmittelbarer Anlass war damals eine grossangelegte Kampagne der französischen Demokraten gegen den Antisemitismus. Für die jetzige Veröffentlichung der deutschen Übersetzung haben wir lediglich die einleitenden Sätze, die sich auf den damaligen Anlass bezogen, geändert, um sie unserem heutigen unmittelbaren Anlass, der abscheulichen Reue- und zugleich Selbstbeweihräucherungskundgebung der deutschen Bourgeoisie in diesem Herbst, anzupassen.

2. Karl Marx, "ökonomisch-philosophische Manuskripte", Marx und Engels Studienausgabe, Fischer Taschenbuch Verlag (Bd. II, 5. 38).

3. Engels, "Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie", MEW 1, 5. 519 ff.]

4. Engels, "Über den Antisemitismus", 1890, MEW 22, 5. 50.

5. Für Einzelheiten über die soziale Lage der Juden und deren wirtschaftliche Liquidierung siehe die inzwischen erschienenen bürgerlichen Untersuchungen:

Helmut Genschel, "Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich", Göttingen 1966, und:

Dieter Swadek, "Unternehmenskonzentration als Ergebnis und Mittel nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik", Berlin 1972, vor allem 5. 88 ff.

6. Marx, op. cit., 5. 49.

7. Alex Weissberg, "Die Geschichte von Joel Brand", 1956. Wörtliche Zitate aus Seite 215-216. Der Auftrag an Brand war Bestandteil einer Reihe von über Jahre sich erstreckenden Versuchen. [back]

»**Kommunistisches Programm**«, Dezember 1978, Nr.20, S.1-5. Eine andere Übersetzung dieses Artikels erschien im ersten deutschsprachigen Organ der IKP »Internationale Revolution« im Dezember 1969, Nr.3, S.21-29.

SUCHEN UND FINDEN

§§§§§§§§ Schon 1876 sagte in London der englische Staatsmann Disraeli kurz und bündig: "Christentum ist Judentum für Nichtjuden!"

Das Christentum hat in der zionistischen Weltpolitik eine ganz bestimmte Aufgabe übernommen.

Über den verschwommenen Glauben vom Himmel und von der Hölle soll die ganze Menschheit unter die Herrschaft der angeblich "Auserwählten" gebracht werden.

Mehr steht unter dem Menüpunkt GEHEIMPOLITIK der Aufklärungshomepage vom Bund für echte Demokratie e.V.:
<<http://www.bfed.org/bfed/>>

§§§§§§§§ Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone, *Liste der auszusondernden Literatur*, Vorläufige Ausgabe, Berlin: Zentralverlag, 1946

Liste der auszusondernden Literatur. Herausgegeben von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone. Vorläufige Ausgabe nach dem Stand vom 1. April 1946 (Berlin: Zentralverlag, 1946).

Einordnung

Das Projekt einer Liste des NS-Schrifttums hatte seine eigene Tradition im Hause der Deutschen Bücherei in Leipzig, die von den Sowjetischen Behörden 1945 mit der Erstellung einer solche Liste beauftragt wurde.

Die erste Institution, die eine solche Liste vorzulegen versuchte, war die Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums, kurz PPK,? gegründet am 21.4.1934. Sie sollte - so ihre offizielle Aufgabe - darüber zu wachen, daß niemand unberechtigt mit der angeblichen Linie der Partei auftrat. Tatsächlich übertrat sie ihre Kompetenz bald in verschiedenen Richtungen: Sie förderte astrologisches Schrifttum gegen den Willen des Amtes Rosenberg und des RMVP,? sie drang darauf, Bücher, die nicht der Linie der Partei entsprachen, unter eigenem Zugriff auf die Sicherheitspolizei vom Markt nehmen zu dürfen? und sie verteidigte mit ihrer Politik nebenbei die Interessen des Medienkonzerns der NSDAP, der zunehmend als Wirtschaftsmonopol auf dem Buch- und Zeitschriftenmarkt auftrat.

Die PPK tat ihre Arbeit anfänglich aus dem Lektorat des Zentralverlags der NSDAP, Franz Eher, München, heraus. Im Februar 1935 gründete sie in der Deutschen Bücherei in Leipzig eine eigene "Bibliographische Auskunftsstelle", die die Recherchearbeit für sie übernahm. Das von Goebbels geführte Propagandaministerium griff seinerseits auf die Deutsche Bücherei zurück, beschäftigt damit, eine geheime Liste des zu verbotenden Schrifttums zu erstellen.? Es lag so gesehen nahe, daß die sowjetischen Behörden ihrerseits die Deutschen Bücherei beauftragten, um eine Liste des NS-Schrifttums für die Aufgaben zu erhalten, die sich ihnen Rahmen der "Umerziehung" stellten. Unter dem Titel *Liste der auszusondernden Literatur* erschienen in der Folge von 1946 bis 1953 vier Bände:

- 1946: Vorläufige Ausgabe nach dem Stand vom 1.4.1946 nachfolgend wiedergegeben
- 1947: Erster Nachtrag nach dem Stand vom 1.1.1947
- 1948: Zweiter Nachtrag nach dem Stand vom 1.9.1948
- 1953: Dritter Nachtrag nach dem Stand vom 1.4.1952

Waren die Verbotslisten, die das RMVP erstellte, geheime Listen, um den Sicherheitsorganen Ausschreitungen weit über das Maß hinaus zu gestatten, das mit den Listen vorgegeben war, so wurden die Listen der sowjetischen Behörde offen verlegt und, soweit ersichtlich, über die sowjetische Besatzungszone hinaus wahrgenommen. Welche Aufgabe die Listen in der Praxis erfüllten, läßt sich schwer ermessen. Kleine Bibliotheken und Buchhandlungen wurden im gesamten deutschsprachigen Raum "gereinigt", die größeren Bibliotheken behielten ihre Bestände für Forschungszwecke zugänglich. Ihre größte Wirkung entfalteten die nachfolgend edierte Listen, als sie in den 1980ern neuverlegt wurden und wenig später erstmals eingescannt auf rechten Seiten ans Netz gingen? - angeblich um die Verfolgung nationalsozialistischen Gedankenguts zu belegen (eine irrije Behauptung, da man all diese Titel heute bequem im Internet bestellen kann?), weit mehr, um jedem am Rechtsextremismus interessierten mithin mit einer Bibliographie des eigenen Schrifttums zu versorgen - hier schlugen die sowjetischen Listen die vorangegangenen Empfehlungslisten des NS-Staates bei weitem in Umfang und Akribie.

Olaf Simons

Vorläufige Ausgabe nach dem Stand vom 1. April 1946

Vorbemerkung

Die "Liste der auszusondernden Literatur" soll den mit der Betreuung des Buches befaßten Stellen und Personen ein Hilfsmittel für die Durchführung der Anordnungen der Militärregierung sein, nach denen alle Schriften der Benutzung zu entziehen sind, die f a s c h i s t i s c h e n oder m i l i t a r i s t i s c h e n Inhalt haben, politische E x p a n s i o n s g e d a n k e n enthalten, die nationalsozialistische R a s s e n l e h r e vertreten oder sich gegen die A l l i i e r t e n wenden. Für eine Prüfung nach diesen Gesichtspunkten kam in erster Linie die in der Zeit des Hitler Regimes, also in den Jahren 1933 bis 1945, erschienene deutsche Literatur in Betracht. Für gewisse Zusammenhänge waren auch die Schriften früherer Jahre zu berücksichtigen.

Die Aufstellung der Liste erfolgte auf Anweisung der Abteilung Volksbildung der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland durch die Deutsche Bücherei unter Mitwirkung der Abteilung Buch- und Bibliothekswesen im Volksbildungsamt der Stadt Leipzig und unter Berücksichtigung der von einzelnen lokalen Stelen bereits veröffentlichten Verzeichnisse ähnlichen Charakters.

Da es sich allein bei den seit 1933 erschienenen Veröffentlichungen schon um rund eine Million zu prüfende Bände handelt, hätte eine systematische Durchsicht sämtlicher in Betracht kommender Schriften außerordentlich viel Zeit erfordert. Die Aufstellung einer Liste, die den Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, wäre somit erst nach sehr langer Arbeit möglich gewesen. Da aber alle beteiligten Stellen mit Recht eine Bekanntgabe wenigstens der zweifellos zu sperrenden Literatur wünschten, wurden in die vorliegende Liste zunächst einmal die Titel jener Schriften aufgenommen, welche die oben aufgeführten Verbotmerkmale eindeutig aufweisen. Viele Bücher, die, ohne in ihrer Gesamthaltung nationalsozialistisch zu sein, einzelne zu beanstandende Gedankengänge aufweisen, wurden für die spätere Prüfung zurückgestellt. Neben diesen Büchern, die also in der vorliegenden Liste noch nicht aufgeführt sind, fehlen weiterhin noch Schriften, die der Prüfstelle bisher nicht vorgelegen haben, weil die Bestände der Deutschen Bücherei auf Grund deren die Liste zusammengestellt wurde erst im Laufe der Arbeit aus den Ausweichlagern zurückgeholt werden.

Unter diesen Umständen kann die vorliegende Liste, so sehr sie zur Bereinigung der deutschen Literatur beitragen wird, die verantwortlichen Leiter von Bibliotheken, Büchereien und Buchhandlungen nicht von der Pflicht befreien, ihrerseits alle Sorgfalt auf die Durchsicht auch der hier nicht verzeichneten Bücher anzuwenden. Die Tatsache, daß ein Buch in dieser Liste nicht aufgeführt ist, kann jedenfalls nicht als Entschuldigung dafür gelten, daß der verantwortliche Leiter einer Bibliothek oder einer Buchhandlung ein Buch schädlicher Tendenz zur Ausleihe oder zum Verkauf bringt. Im wesentlichen dürfte jedoch in der vorliegenden Liste die in erster Linie auszuscheidende Literatur verzeichnet sein.

Die für die Behandlung der Bücher dargelegten Gesichtspunkte gelten sinngemäß auch für die Zeitschriften. Soweit diese ausgesprochen faschistischen Geist zeigen oder in größerer Zahl faschistisch beeinflusste Aufsätze enthalten, sind sie in die Liste aufgenommen; soweit sie in ihrer Grundhaltung nicht zu beanstanden sind, aber nichteinwandfreie Beiträge geringeren Ausmaßes aufweisen, wurden sie zunächst zurückgestellt.

Die auszusondernden Bücher und Zeitschriften sind teils g r u p p e n w e i s e (vgl. die Gruppenverbote auf den Seiten 57 und 469, teils mit ihren E i n z e l t e i l e n aufgeführt. Von den Büchern sind, wenn nichts anderes vermerkt ist, sämtliche Auflagen und Ausgaben der Benutzung zu entziehen, von den Zeitschriften, soweit keine Einschränkung angegeben ist, sämtliche Jahrgänge.

Die Liste ist nach dem Stand vom 1. April 1946 aufgestellt. Eine Ergänzung wird folgen, sobald die Prüfung der zurückgestellten Fälle durchgeführt ist. Mitteilungen, welche die vorliegende Liste betreffen, sind an die S c h r i f t e n - P r ü f s t e l l e b e i d e r D e u t s c h e n B ü c h e r e i, (10) L e i p z i g C 1, D e u t s c h e r P l a t z, zu richten.

Berlin, den 1. April 1946

<<http://www.polunbi.de/bibliothek/1946-nslit.html>>

Ungefähr 10,000 Bücher....

§§§§§§§§ Wussten Sie, daß wir bisher keinen Zentralrat der echten und ausgetretenen Christen in Deutschland hatten? - Eine Gemeinschaft der Volkszugehörigkeit der echten Deutschen in Deutschland? - Dafür aber einen Zentralrat der Juden, als Körperschaft des

Öffentlichen Rechts der immer noch besetzten BRD, neben dem Zentralrat der Muslime? - Ist das der Grund, warum den ca. 63 Millionen echten Deutschen in Deutschland alle Rechte geraubt wurden?

Aktuellen Hinweis zur Gründungsinitiative vom: "Zentralrat der Christen in Deutschland", bitte die Informationen im Forum 1 unter "Zentralrat" beachten.

Haben wir nicht ca. 8 bis 10 Millionen ev. oder kath. (Schein) Christen, die in Wirklichkeit Juden sind? - Die ein geheimes "Hilfe-Netzwerk" in unserem Land betreiben? - Das die "Wirtsland" nennen und die sich selbst als SAYANIM bezeichnen? - Ähnlich der Parallelgesellschaft von ca. 10 Millionen Muslime u.a. in Deutschland? - Das glauben Sie nicht?

Dann lesen Sie diese Volksaufklärung und werden Sie Gründungsmitglied im Zentralrat der christlichen Deutschen in unserem Heimatland Deutschland. - Sprechen Sie uns an unter Tel.: 0561 / 820 20 277 und geben Sie dies Wissen im Schneeballsystem weiter.

<<http://sayanim.org/>>

§§§§§§§§ *Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager* von Karin Orth,

Die sehr eingehende Untersuchung der Autorin zum Thema der Entwicklung der Konzentrationslager im Dritten Reich überrascht den Leser durch eine erstaunliche Lücke. So interessant es auch für einen Historiker sein mag, Einzelheiten zur Organisation und Funktionsweise der Lager herbeizutragen, die Persönlichkeiten der Lagermannschaften näher zu betrachten, oder die äußeren Einflüsse auf den Betrieb der Lager zu untersuchen, der Leser sieht sich irgendwo in seiner Hoffnung getäuscht, hier endlich eine klare Aussage hinsichtlich der Vernichtungslager in Ostpolen zu finden, in denen ja die Ausrottungspolitik des NS-Regimes ihren traurigen Höhepunkt finden sollte.

Karin Orth nennt zwar die Namen dieser Lager, die wir alle kennen – Belzec, Treblinka, Sobibor usw. – und erwähnt im Text, dass dort (innerhalb von kaum einem halben Jahr) zwei Millionen Menschen ermordet wurden, unterläßt es aber aus einem für den Nicht-Fachmann unverständlichen Grund, diese Lager in ihr Buch aufzunehmen und näher zu beschreiben. Sie führt sie auch nicht in ihrer zusammenfassenden Tabelle der KZ-Opfer auf. Schon mit dem "Schwarzbuch" von Ilya Ehrenburg und Wassilij Grossmann von 1946 (das in den 80er Jahren in verschiedenen Sprachen neu herauskam) sind doch vielerlei Aussagen zu diesen Lagern gemacht worden, und auch in dem von der Autorin zitierten Text von Yitzhak Arad (1987, neu aufgelegt 1999) stehen Einzelheiten, die man hätte einarbeiten können – von den deutschen Strafprozessen der 60er Jahre ganz zu schweigen.

Es wäre doch für unser Verständnis der NS-Politik – soweit es überhaupt eine solche gab - durchaus wesentlich, wenn man die pauschale Vernichtung jüdischen Lebens an diesen Orten dem zunehmenden Mangel an Arbeitskräften im gesamten deutschen Machtbereich gegenübergestellt hätte, um auf diese Weise den Irrwitz solcher Taten zu demonstrieren. Man versteht auch die Systematik der Verfasserin nicht, wenn sie einerseits (S. 343) ausführt, dass in den Vernichtungsstätten "etwa zwei Millionen starben", andererseits, vier Seiten weiter, angibt "die SS tötete die meisten Menschen zweifellos in den beiden Vernichtungslagern Auschwitz-Birkenau und Majdanek". Es scheint da eine feine Unterscheidung zwischen Vernichtungsstätten und -lagern gemacht zu werden, die dem Leser entgeht.

Nun eine grundlegende Arbeit über System und Entwicklung der Konzentrationslager vorliegt, ist vielleicht zu hoffen, dass diese Lücke in einem späteren Werk mit der gleichen Akribie gefüllt wird, die den vorliegenden Text auszeichnet.

Thomas Dunskus

§§§§§§§§ *Die Wannsee-Konferenz* von Mark Roseman

Lange Zeit ist das "Protokoll" der Wannsee-Konferenz vom 20.1.1942, das auf 15 Seiten (von denen etwa die Hälfte den Mischlingsfragen gewidmet sind) als beweisträchtiges Schlüsseldokument angesehen worden für den Entschluss der NS-Führung, die Juden in ihrem Machtbereich physisch zu vernichten. Roseman stellt die Dinge wesentlich differenzierter dar, deswegen heißt es im englischen Titel auch "...a Reconsideration".

Sein Buch ist voller Sätze, in denen bisherige Interpretationen relativiert, zurückgenommen oder in Frage gestellt werden. So zitiert er (S. 9) Eberhard Jäckel, der sich fragt, warum diese Konferenz überhaupt stattgefunden hat, er vermerkt (S. 10f), dass die Dokumentenlage alles andere als umfassend ist und wir darüber nur spekulieren können, er stellt fest (S. 51), **es gäbe keinen einzelnen klaren Befehl, alle Juden zu ermorden** (David Irving wird dies mit Befriedigung vermerkt haben), er beklagt (S. 53) den Mangel an amtlichen Akten, nennt Eintragungen in Himmlers Dienstkalender rätselhaft, oder stößt sich an der Abwesenheit von wichtigen Dienststellen, wie Reichsbahn, Wehrmacht, oder der Kanzlei des Führers – wenn auch nicht an der merkwürdigen Tatsache, dass Heydrich in der Teilnehmerliste gar nicht erscheint.

Trotz dieser und anderer Unsicherheiten in Bezug auf Fakten oder Interpretationen kommt Roseman auf S. 111 zu dem Schluss, dass von diesem Zeitpunkt an die "Endlösung" den Tod aller europäischen Juden bedeutete, denn so stünde es im Protokoll, obzwar bürokratisch verklausuliert. Hierbei ist jedoch anzumerken, dass das Wort "Tod" nicht generell mit "Tötung" gleichzusetzen war, wie sich an der entsprechenden Stelle aus den Überlegungen hinsichtlich der verschiedenen Gruppen von Juden ergibt. Fazit ist für Roseman, dass die Konferenz selbst kein Augenblick der Entscheidung war, sondern nur ein Hinweisschild auf eine veränderte politische Lage.

Vor der großen Bedeutung, die dem "Protokoll" lange Zeit hindurch zugemessen wurde, ist die Frage in den Hintergrund getreten, was denn nun in den verschiedenen Folgekonferenzen, die das Jahr 1942 markieren, besprochen bzw. entschieden worden ist. Ausgangspunkt der Wannsee-Konferenz war doch schließlich im Juli 1941 Görings Auftrag an Heydrich "in Bälde einen Gesamtentwurf ...zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen"; hierzu mussten ja nun entsprechende Arbeiten durchgeführt werden. Roseman erwähnt solche Folgetreffen im März und im Oktober 1942, misst ihnen aber eigentlich wenig Bedeutung zu. Man kommt nicht umhin, großen Langmut seitens Göring zu vermuten, vielleicht auch sein Desinteresse nach dem tödlichen Attentat auf Heydrich im Mai 1942 - jedenfalls relativiert dies die Bedeutung von Heydrichs Auftrag durchaus.

Im Zusammenhang mit den späteren Konferenzen ist eine Anmerkung bei Roseman interessant, die sich auf das sog. Schlegelberger-Dokument bezieht, demzufolge Hitler die "Endlösung" (in der ihr heute zugeschriebenen Form) abgelehnt habe. Roseman verweist hier explizit auf David Irvings Homepage, ist aber selbst eher skeptisch.

Gegenüber dem englischen Original beinhaltet die deutsche Ausgabe ein zusätzliches, vom Leiter der Wannsee-Gedenkstätte, Dr. Norbert Kampe, verfasstes und im Original nicht enthaltenes Kapitel, das sich mit den Unterschieden auseinandersetzt, die in den Abbildungen der diversen Dokumente dieses Komplexes in der Literatur aufgetreten sind. Kampe kreidet hier zu Recht dem Entdecker des Protokolls, Robert Kempner, handwerkliche Fehler an, die dieser bei seinem Umgang mit den Akten an diversen Stellen gemacht hat, unterstreicht aber, der Text sei stets korrekt nach dem Original wiedergegeben worden. Eine echte Dokumentenkritik ist dies verständlicherweise nicht, obwohl eine solche Arbeit weiterhin wünschenswert wäre angesichts der historischen Bedeutung dieser Papiere und der noch nicht ausgeräumten Unklarheiten in Bezug auf verschiedene Fragen hierzu.

Ein Gesichtspunkt, der in Bezug auf den Inhalt speziell des Protokolls große Bedeutung hat, ist das Problem der Sprache. Der Urtext ist natürlich in (einem unschön gestelzten) deutsch. Da es aber bei der Interpretation des Dokumentes sehr darauf ankommt, welcher Sinn diesem oder jenem Wort beigelegt wird, entsteht bei der Übertragung in fremde Sprachen ein grundsätzliches Problem dadurch, dass die Übersetzung durch die Einstellung des Übersetzers zum Text beeinflusst wird. An einem Beispiel von vielen aus der französischen Fassung des Protokolls, wie sie in der französischen Übersetzung von Rosemans Buch ("Ordre du Jour: Génocide...", Audibert, 2002) gezeigt wird, soll dies deutlich gemacht werden:

Der deutsche Text lautet (S. 15 des Protokolls): "Mit der Bitte des Chefs... ihm bei der Durchführung der Lösungsarbeiten entsprechende Unterstützung zu gewähren, wurde die Sitzung geschlossen."

In der französischen Fassung heißt es "En mettant un terme à la réunion, le chef... demanda aux participants de lui accorder tout leur soutien dans l'exécution des tâches décidées."

Hier sind also aus diffusen ‚Lösungsarbeiten‘ konkrete ‚beschlossene Aufgaben‘ geworden und der unbefangene französische Leser bekommt einen ganz falschen Eindruck vom Stand der Forschung. War dies sozusagen vorauseilender Gehorsam des Übersetzers? Es steht zu befürchten, dass auch Übersetzungen des Protokolls in andere

Sprachen ähnliche Bedenklichkeiten enthalten. Man muss sich auch fragen, inwieweit Roseman in der Lage war, den sogar für Deutsche schwierigen Text des "Protokolls" immer voll zu erfassen.

Wie unbefangen mit dem "Protokoll" heute umgegangen wird, zeigt sich auch darin, dass die filmisch sehr gute Darstellung der Konferenz (Deutschland, 1984), die zu passenden Gelegenheiten immer wieder vorgeführt wird, keinen Anspruch auf wörtliche Genauigkeit erhebt, während die in den USA gezeigte Fassung des selben Streifens vorgibt, dass ein stenographisches "Wortprotokoll" verbatim als Text des Drehbuchs verwendet wurde. So wird dem Zuschauer eine historische Genauigkeit vorgespiegelt, die es in dieser Sache nun einmal nicht gibt. Es wird lange dauern, bis sich die Erkenntnisse von Autoren wie Roseman gegen solche Dramatisierungen der Geschichte durchsetzen werden.

Thomas Duskus / Amazon.de

<<http://www.amazon.de/exec/obidos/tg/cm/member-reviews/-/AIXREJ9VL90LQ/1/028-9478997-0497328?display=attributed>>

§§§§§§§§ WIE MAN NEUE JUDEN FABRIZIERT

Unglaublich, aber wahr: In den frühen dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts hat ein katholisches Dorf in Süditalien das Judentum gewissermaßen "neu erfunden".

Der in San Nicandro lebende Invalide Donato Manduzio wusste nichts von Judentum und jüdischer Religion. Beeindruckt von der Lektüre des Alten Testaments, begann er seine Freunde und Verwandte das Leben nach dem Alten Testament zu lehren, führte koscheres Essen ein und ersetzte den christlichen Sonntag durch den jüdischen Sabbat. Der Widerstand gegen diese "neue" Religion war heftig, besonders von Seiten der katholischen Kirche. Auch der römische Oberrabbiner reagierte anfangs skeptisch und verweigerte die Anerkennung. Erst nach dem Ende des 2. Weltkrieges wurde die jüdische Gemeinde von San Nicandro offiziell anerkannt. Trotzdem wanderten viele nach Israel aus, um am Aufbau des neugegründeten Staates mitzuwirken. Pierre-Henry Salfati zeigt in seiner Dokumentation 2 ausgewanderte Familie, die sich auf Spurensuche nach San Nicandro mit seiner immer noch vorhandenen kleinen jüdischen Gemeinde begeben.

<<http://tv.orf.at/program/orf2/20020319/242445101/6789/>>

§§§§§§§§ Hardliner als neuer Kopf des Mossad ab dem Jahr 2002

Meir Dagan, als "Erfinder", lt. "Pressejargon" der "gezielten Tötungen" soll er den israelischen Geheimdienst leistungsfähiger machen!?

Die Aussage sagt doch alles aus.

Die SAYANIM sind die Handlanger des Mossad. Sie arbeiten unerkannt in den diversen Wirtsländern und werden überwiegend unentgeltlich aufgefordert dem Mossad und den israelischen Interessen Hilfestellungen jeglicher Art zu gewähren.

Alleine in Deutschland soll es 8 bis 10 Millionen ev. oder kath. (Schein) Christen geben, die nach außen unauffällig in unser Nachbarschaft wohnen, die jedoch in Wirklichkeit dem Talmud und den "jüdischen Verbindungen" dienen, wie Paul Spiegel das kurz vor dem "Freitod" von Jürgen W. Möllemann gesagt haben soll.

Diese enorme Anzahl an heimlichen Spionen, die Sayanim (das ist hebräisch und heißt "to help", also zu helfen) sollen in allen Schlüsselstellungen der Macht sitzen. In allen Parteien, Regierungen, Medien, Kirchen, Behörden, Verbänden, Vereinen, Arztpraxen, Gerichten, Bürgerinitiativen, ja selbst im "Kaninchenzuchtverein" dürfte der Vorsitzende ein SAYANIM sein.

Diese Mossad - Handlanger stützen das System der Zionisten über ihre Logenverbindungen und sollen auch vor Morden nicht zurück schrecken, wie der Ex-Mossad Agent Victor Ostrowsky in seinen Buch im Falle Uwe Barschel das geschrieben haben soll. Mehr darüber steht in dem linken Menüpunkt: JUGENDSEITE, in der Sprache der Jugend, leicht zu verstehen und mit vielen Bildern versehen.

Mörder und Rassisten gab es immer schon unter den Völkern dieser Erde. - Seit über 50 Jahren kommen noch die zionistischen Israelis zu dieser Spezies dazu. Bravo Herr

Dagan, Sie outen sich immer mehr als Handlanger des Zionisten Sharon. Haben Sie eigentlich nichts gelernt?

Sie treiben den Hass der Völker dieser Erde gegen Juden jeden Tag weiter voran, obwohl diese keine Schuld daran haben. Es sind Sie, ihr Freund Sharon, Wolfowitz, Rumsfeld, Perle und die anderen Zionisten aus den Geheimbünden unter dem Dach der Illuminati- Pyramide, die Oligarchen, die Rothschilds, die Rockefeller, die Bushs, das englische Königshaus, die Räuber, die sich hinter dem Judentum verstecken, um ihre schäbigen, kriminellen Handlungen nach alter talmudischer LÜGENART auf Kosten der Völker dieser Erde betreiben.

Was soll das eigentlich bewirken?

Welche Gründe haben sie zu diesem Hochverrat?

Merkt denn Ihr Volk diesen Verrat nicht? Sollen in Ihren Augen jetzt die Juden die Rassisten sein, die gezielt "töten" können mit einem Freibrief des Mossads und seiner Henkersknechte? Es sind nicht die gläubigen orthodoxen Juden, es sind die kriminellen Zionisten mit ihrem Weltherrschafts- Wahn.

Was sagt den "Ihr jüdischer Gott Jahwe" zu Sharon und Konsorten?

Alle Menschen sehen doch täglich die Verbrechen an dem leidenden palästinensischen Volk, das wie in Hühnerkäfigen in ihrem eigenen Land mit 8 Meter hohen Mauern und Zäunen eingepfercht wird. Nur 3 % ihres eigenen Landes haben Sie und die Zionisten den Menschen gelassen. Bitte Bild unten anklicken.

Haben Sie, liebe GEZ- Gläubigen solche Bilder aus Israel über ARD, ZDF & Konsorten schon einmal gesehen? - Nein, dann überlegen Sie doch einmal, wem Sie jeden Monat ihr versteuertes Geld überweisen. - Es sind die Zionisten, die hinter ALLEN Medien stecken.

Pfui! Sie, Sharon und die gesamte Zionistengang werden wir lange vor dem Tage des Messias nach Den Haag und dann sogleich nach den USA auf den el. Stuhl jagen, oder im mildesten Falle gehören Sie lebenslang hinter Gitterstäben eingeschlossen und Sie wissen auch warum; - Sie haben Ihren Gott verraten.

Und das weiß jeder anständige Mensch dieser Erde.

Aktuelles aus dem August 2003:

Der legendäre israelische Geheimdienst Mossad hat einen neuen, legendären Chef: Meir Dagan. Der hochdekorierte General, ein langjähriger Freund von Sharon, soll den Mossad grundlegend umorganisieren und dessen Schlagkraft verbessern wie die Presse berichtet.

Während sich die israelische Armee und der Geheimdienst Shin Beit dieser Tage rühmen, dass sie in den letzten Wochen viele Selbstmordanschläge vereiteln konnten, hat der einst so gerühmte Mossad [die bekannteste Aktion war das Aufspüren von Adolf Eichmann in Argentinien und dessen Überführung nach Israel 1960] durch spektakulär fehlgeschlagene Aktionen, die durch die Weltpresse gingen, in den letzten Jahren viel von seinem Renommée eingebüßt. Insider zufolge soll der Mossad in einer demoralisierten Verfassung gewesen sein, bevor Dagan das Kommando übernahm. Sein Vorgänger, Efraim Halevi, setzte eher auf "Diplomatie via dunkle Kanäle" denn auf direkte Aktionen, die den Mossad berühmt gemacht haben.

Das soll sich jetzt ändern. Meir Dagan ist berüchtigt für seine Könnerschaft in der Disziplin "direkte Aktionen". In den späten 90er Jahren hat er als Antiterrorismus-Berater des damaligen Premiers Benjamin Netanjahu das Konzept der "gezielten Anschläge [targeted killings]" ins Leben gerufen. Verdächtige Terroristen sind dabei mit Handwaffen, Bodenraketen oder ferngesteuerten Sprengstoffsätzen getötet worden.

Wie Yossi Melman, dessen Bücher sich mit den israelischen Geheimdiensten befassen, berichtet, hat Dagan den Mossad in zwei Flügel unterteilt: einer ist zuständig für das geheimdienstliche Sammeln von Informationen und der andere, bekannt unter dem Namen "Tsomet [Kreuzung]", für Agenten, die im Feld operieren sollen - ausgestattet mit dem Besten, was die militärische Technologie zur Zeit liefern kann.

Dagan soll den Mossad mit einer starken Dosis Aggressivität impfen. Das sei Scharons Erwartung, schreibt der Ha'aretz Journalist Amir Owen. Und Dagan, dessen Kampfgeist Sharon aus den gemeinsamen Tagen des Yom-Kippur-Krieges aus nächster Nähe kennt - Sharon war Dagens Divisionskommandeur - ist, Berichten zufolge, ein außerordentlich aggressiver und geschickter Experte für Operationen, die hinter den feindlichen Linien stattfinden.

Dagan, der sich in seiner Freizeit als Bildhauer beschäftigt und mit anderen hochrangigen Offizieren im Ruhestand ein Jahr lang zu Fuß und auf Eselskarren durch Asien getreckt ist, wird eine Vorliebe für gewagte Aktionen nachgesagt. Trotz seines

sanften Erscheinungsbildes, so ein anonymes Geheimdienstler, könne Dagan dabei äußerst rücksichtslos vorgehen. Mit seiner Undercover-Einheit "Rimon" habe er in den siebziger Jahren in gewagten Einsätzen mehr als ein Dutzend gesuchter Terroristen im Gazastreifen getötet.

Die britische Tageszeitung Guardian kommentierte die Ernennung Dagens zum Mossad-Chef mit den Worten:

Die Palästinenser haben grausame Erinnerungen.

Dipl. Ing. Norbert Steinbach
<<http://sayanim.org/history.htm>>

§§§§§§§§ Sleinir, Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik
Andreas Röbler (V.i.S.d.P.), Postfach 350264, D-10211 Berlin
Tel./Fax: (0049/0/30)-42857835
<sleinir@muchomail.com>
Keine neue Gestapo, keine neue Stasi, keine politische Justiz!
<<http://www.sleinir.netfirms.com/>>
<<http://www.chez.com/nationalanarchisten/sleinir.htm>>

§§§§§§§§ Wir suchen:
Gougenot des Mousseaux: *Der Jude, das Judentum und die Verjudung der christlichen Völker.* — München: Hoheneichen-Verl. 1921.

§§§§§§§§ Heute haben wir die komplette Ausgabe der *Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung* Nr. 3 & 4/2003 ausgehängt.
<http://vho.org/VffG/2003/3/3_03.html>

§§§§§§§§ Was geschah am 11 September 2001 genau ?
Fakten, Daten, Fragen
<<http://www.skdbavaria.de/911/>>
Über 100.000 Websites weltweit beschäftigen sich mit den Ereignissen rund um den 11.9....

=====
Klicken Sie auf die folgende URL, um sich von diesem Newsletter abzumelden oder Ihre Einstellungen zu ändern:
<[kausalenexusblatt at yahoo.de](mailto:kausalenexusblatt@yahoo.de)>
<<http://de.geocities.com/kausalenexusblatt>>
AAARGH Archiv
<<http://aaargh-international.org/deut/deut.html>>

OTHER AAARGH MONTHLY PUBLICATIONS

El Paso del Ebro
<<http://elpasodelebro.100megas.com>>

The Revisionist Clarion
<<http://aloofhosting.com/revisionistclarion/index.htm>>

Il Resto del Siculo
<<http://ilrestodelsiclo.spaziofree.net>>

La Gazette du Golfe et des banlieues (multilingual)
<<http://ggb.0catch.com>>

Conseils de Révision
<<http://conseilsderevision.tripod.com>>